



hbl, stx DD 240.E97
Kompromittierten Politiker /
3 9153 00569512 9

DD/240/E97

UNIVERSITY OF CONNECTICUT LIBRARY
STORRS, CT.

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
Boston Library Consortium Member Libraries

http://www.archive.org/details/diekompromittier00eyss

Die kompromittierten Politiker

von

Jan Eyssen

1919

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H. / Berlin

DD
240
E97

Schicksale von Völkern und Staaten, Richtungen von ganzen Zivilisationen können daran hangen, daß ein außerordentlicher Mensch gewisse Seelenspannungen und Anstrengungen ersten Ranges in gewissen Zeiten aushalten könne.

Alle seitherige mitteleuropäische Geschichte ist davon bedingt, daß Friedrich der Große dies von 1759 bis 1763 in supremem Grade konnte.

Jakob Burckhardt,
Weltgeschichtliche Betrachtungen.

Mem
DD
240
E97
1919
4761492

I.

Seit dem inneren und äußeren Zusammenbruch des Reiches hat eine wilde Jagd auf Persönlichkeiten und Verbände eingesetzt, die durch ihre auf Eroberung und Entschädigungen abgestellte Haltung die Verlängerung des Krieges und damit den unglücklichen Ausgang verschuldet haben sollen. An und für sich ist die aufgeregte Gegenwart nichts weniger als befähigt, leidenschaftslos und gerecht Schuldige und Unschuldige zu finden und abzuurteilen. Ueber die Ereignisse der letzten vier Jahre hat sich soviel Flugsand gebreitet, daß dessen Wegräumung geraumer Zeit bedarf. Zunächst ist wohl eine Trennungslinie zu ziehen zwischen dem, was die Schuldfrage am Kriege selbst betrifft und zwischen dem, was dazu zwang, nachdem einmal der Krieg da war, ihn so zu führen, daß er für Deutschland nicht zum Nachteil, nicht zum Verderben gereichte. So unbestritten es ist, daß die Politik des Reiches vor und bei Kriegsausbruch in unfähigen Händen lag, so unbestritten muß es sein, daß nach dem 4. August 1914 nur der Wille zum Siege dem deutschen Volke die stählerne Kraft und den seelischen Schwung des Widerstandes geben konnte. War es anders in England, Frankreich und Rußland? Die Geschichte wird für uns zeugen, die letzten Schleier wegreißen, die Ereignisse und Tatsachen klar herausarbeiten, daß wir in dem festen Glauben in den Kampf zogen, um unsere Ehre und Unabhängigkeit zu verteidigen. Es gibt eine nationale Ehre, trotzdem die zeitgenössische sozialistische Doktrin sie verneint. Noch immer ist die Nation nichtswürdig, die nicht alles und das Letzte an die Verteidigung dieser Ehre setzt.

Nichts wird leichter vergessen als die Geschichte von ehegestern. Wer die deutsche Presse heute daraufhin durchforscht, ob sie bei Kriegsausbruch irgendwelche Kriegs- und Eroberungsziele aufstellte, wird zu einem verneinenden Ergebnis gelangen. Dagegen war das Ziel der englischen, französischen und russischen öffentlichen Meinung klar. Sie forderte die Vernichtung Deutschlands, sagte sie voraus, wie das besonders Gabriel Hanotaux im „Figaro" tat. Und die Männer, die ununterbrochen den Lärm schürten, waren ja Wissende, davon unterrichtet, daß die Mittelmächte allein stünden, daß Italien zum Abfall bereit war, daß in der Donaumonarchie der Wurm der nationalen Gegensätze tiefer um sich gefressen hatte, als wir in Deutschland auch nur entfernt ahnten. Sassanow wagte am 8. August 1914 in der Reichsduma zu behaupten, daß es den Feinden nicht gelingen werde, die Verantwortung für den Krieg auf Rußland abzuwälzen. Dabei war es wieder Sassanow, der am 22. Februar 1916 in der Reichsduma er-

klärte, **er habe den Krieg als unabänderliche Notwendigkeit kommen sehen!**

Englands Bereitschaft wurde am 14. August 1914 von Ramsay Macdonald im Labour Leader aufgedeckt:

„Von 1906 gab es einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen französischen und englischen Marine- und Heerführern. Es entstanden Pläne für eine Kooperation zu Wasser und zu Lande. In Uebereinstimmung mit diesen Plänen ließ die französische Flotte die Nordküste Frankreichs unbewacht. Die Pläne waren überdies auf die Vorstellung gegründet, daß Belgiens Neutralität in einem allgemeinen Kriege nicht beachtet werde. Sechs Jahre hat dieser Gedankenaustausch gedauert. Deutschland wußte alle diese Jahre, daß zwischen England und Frankreich militärische Vorbereitungen getroffen worden sind, ebenso, daß Rußland seine militärischen Operationen damit im Zusammenhang führen wolle. So tief hatten wir uns in das russisch-französische Bündnis eingemischt, daß uns Edward Grey am 3. August 1914 sagen mußte, wenn unsere Hände frei seien, so wäre doch unsere Ehre gebunden. So widerstandslos hatte sich England verpflichtet, für Frankreich und Rußland zu kämpfen, daß Grey den Versuch Deutschlands, uns außerhalb des Spieles zu halten, kurzerhand abwies. Deshalb konnte er nicht dem Parlament die ganze Wahrheit sagen. Er hat uns verschwiegen, daß nicht die Unabhängigkeit, sondern nur die Neutralität Belgiens gefährdet war; er lies uns glauben, die Unabhängigkeit wäre gerade so gefährdet wie seine Neutralität."

Mit welcher ruhigen Abscheulichkeit die britische Regierung in den Krisentagen des Hochsommers 1914 ihre Entscheidungen traf, dafür zeugt die Aeußerung Haldanes über die Vorgeschichte des Krieges. (Mitgeteilt vom Haager Nieuwe Courant, 8. Dezember 1918): „Wir haben am Montag, den 3. August 1914 um 11 Uhr mobilisiert, 36 Stunden, bevor wir den Krieg erklärten. In den wenigen Stunden nach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über den Kanal, ehe jemand etwas wußte."

* * *

Es hat mehr als zeitgeschichtlichen Reiz, nachzuprüfen, wessen Politik unheilbar durch die Ereignisse kompromittiert worden ist. Denn schließlich wird die Frage nach den Schuldigen nicht verstummen, um so weniger, als sich das ungeheure Geschehen in seinen Folgen in unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung immer tiefer eingräbt. Eine nicht gewöhnliche Gedankenlosigkeit, um nicht Schlimmeres zu sagen, verrät es, wir hätten dem Zusammenbruch entgehen können, wenn wir früher auf die Suche nach dem Verständigungsfrieden gegangen wären. Dabei hat die Politik Bethmanns eigentlich immer von der Verständigungstaktik gelebt. Daß sie nicht zum Ziel gelangte, mag zum Teil diplomatisches Ungeschick gewesen sein, ist aber zum andern Teil auf falsche Einschätzung der lebendigen

politischen Triebkräfte unserer Gegner zurückzuführen. Sie hatte schon vor dem Kriege unheilvoll genug gewirkt, da sie Verständigung und Ausgleich da suchte, wo sie nicht oder nicht in erträglicher Form zu haben waren. Es sei daran erinnert, daß Bethmann Hollweg bei der Begründung der Militärvorlage am 12. April 1913 im Reichstag der Konflagration des Germanentums und Slawentums an die Wand malte. Auch das war immer noch keine Ursache, sondern nur eine Wirkung der Politik, die das Bismarcksche Ausgleichsystem der festländischen Mächte zu verwickelt gefunden hatte. Angesichts dessen zeugt es nicht gerade von einer großen Achtung von der Logik der Tatsachen, wenn für den Ausbruch des Krieges nach Schuldigen gesucht wird, vielfach deshalb, um die Frage nach den für den Ausgang Schuldigen auf ein falsches Geleise abzuschieben. Zu den Männern, die Schuld und Schuldige in eine bestimmte Richtung abzudrängen suchten, gehört vor allem der Deutschbalte Paul Rohrbach. Er hat seit 1916 offen und geheim eine eifrige politische und publizistische Fehde wider die Eroberungspolitiker oder Imperialisten geführt, sofern diese Bezeichnung als Sammelbegriff für Elemente dienen soll, die in diesem Kriege das Schicksal Deutschlands reifen sahen und deshalb verlangten, daß er mit aller Energie bis zum Siege geführt werde. In Heft 33 der Hilfe vom 13. August 1914 schrieb Rohrbach:

„Den Krieg, den wir führen, muß man einen ‚reifen' Krieg nennen. Der Friedensfreund im pazifistischen Sinne wird argwöhnen, wir hätten das Heranreifen der Krisis zum Kriege gewünscht. Darauf kann man mit Ja und mit Nein antworten. Der Krieg, ethisch und religiös genommen, ist eine Folge der menschlichen Unvollkommenheiten und Fehler und von dieser Seite her betrachtet, kann er niemals erwünscht sein. Gibt man aber zu, daß kein großes Volk imstande ist, sich zu erhalten, wenn es grundsätzlich beschließt, keinen Krieg zu führen, so folgt daraus auch, daß Umstände eintreten können, unter denen jeder wissende Patriot den Krieg herbeiwünschen mag. Natürlich nicht den Krieg an sich, sondern den Krieg als Rettung aus der Gefahr des nationalen Unterganges. Ich bekenne offen, daß ich in den Tagen, wo die Entscheidung Krieg oder — Frieden — wie auf der Schneide des Messers schwankte, nicht vor dem Sinken der Kriegs-, sondern der Friedensschale gezittert habe. Der Friede hätte, jetzt erhalten, uns menschlicher Voraussicht nach nur dazu für den Augenblick vor den Opfern bewahrt, die wir jetzt bringen müssen, um uns wenige Jahre später unter schwereren Verhältnissen im Stich zu lassen. Es wäre kein guter, sondern ein fauler Frieden gewesen. Das haben auch die Lenker der Geschicke Deutschlands gewußt, und es ist ein Beweis für ihre aufs Höchste gestiegene Gewissenhaftigkeit, daß sie trotzdem auch den letzten Möglichkeiten des Friedens noch nachgejagt haben, unter denen es noch ein Friede zum Heile Deutschlands hätte werden können. . . . Die Angst darum, was bei diesem Kampf im Herzen der Lenker unseres Volksschicksals siegen werde,

der Wille oder die Furcht gegenüber der ungeheuren Verantwortlichkeit, sie war es, die manchen deutschen Mann in den letzten Julitagen nicht schlafen ließ. Als sie uns von der Seele genommen war, das wußten wir auch, daß uns der Sieg über den Räuberbund, den unsere Feinde gegen uns geschlossen haben, zuteil werden würde."

Rohrbach hat also zum mindesten im Juli 1914 den Krieg ebenso heiß und leidenschaftlich „ersehnt", wie irgend ein Alldeutscher. Auch hinsichtlich der Gründe weicht er nicht wesentlich von denen der Alldeutschen ab, wobei sich indessen ein wichtiger Unterschied im Volkssittlichen ergibt. Die Alldeutschen haben den Krieg nicht um des Krieges willen „ersehnt". Sie sahen ihn vielmehr als unvermeidliche Notwendigkeit kommen, weil der deutschen Politik die Kraft und der Geist fehlten, mit anderen Mitteln zu einer Durchsetzung der deutschen Ansprüche auf Gleichberechtigung zu gelangen. Anders Rohrbach. Er war immer der Mann, der die Staatskunst Bethmann Hollwegs nicht nur verteidigte, sondern auch beeinflußte. Rohrbach hat, wie kaum ein anderer Publizist die Energie der Bethmannschen Diplomatie gegen Rußland kehren helfen. Aus den Rohrbachschen Veröffentlichungen mündlicher und schriftlicher Art hat Bethmann, wie durch Quellenkritik und Textprüfung nachgewiesen werden kann, die gedankliche Formung seiner Politik gegen Rußland bestritten. Vielfach finden sich die gleichen Gründe in den Reden des Exreichskanzlers, die auch Rohrbach unablässig entwickelte, um die Schwächung und Zertrümmerung Rußlands als unvermeidliche Notwendigkeit hinzustellen.

Wie Rohrbach, so hat auch noch ein anderer Anhänger des Verständigungsfriedens sowie des Kampfes gegen die Träger der nationalen Energie, Hans Delbrück, bei Ausbruch des Krieges Ansichten vertreten, die die später so „verrufene" imperialistische Prägung trug. Delbrück schrieb im Augustheft 1914 der Preußischen Jahrbücher:

„Wie die Glieder einer Kette hängt sich ein Entschluß der englischen Politik an den anderen; um des europäischen Gleichgewichts wegen muß Frankreich geholfen werden, mit Frankreich muß England auch Rußland als Alliierten begrüßen, das in Asien sein gefürchteter Rivale ist, und um Rußlands willen muß es der Freund der serbischen Mordbanden werden.

Nun hat aber Deutschland weder die Absicht noch das Interesse, Frankreich in seiner Großmachtstellung zu bedrängen oder auch nur zu bedrohen. Der deutsche Kanzler hat es dem englischen Botschafter ausdrücklich versichert. England führt also Krieg gegen einen bloßen Argwohn. Das eigentliche Objekt des Krieges ist die panslawistische Hegemonie Rußlands auf dem Balkan, seine Anmaßung, einen Kleinstaat wie Serbien, der völlig außerhalb seiner geographischen Sphäre, vielmehr umgekehrt völlig in der natürlichen Interessensphäre Oesterreichs liegt, nicht nur gegen Oesterreich zu stützen, sondern unausgesetzt gegen Oesterreich zu hetzen und diesem eine völlig unerträgliche Nachbarschaft zu bereiten. Diesem Zustand ein Ende zu machen, hat Oesterreich

endlich den Entschluß gefunden, England hat nicht das geringste Interesse daran, in diesem Streit als solchem die Partei Rußlands zu nehmen. War es wirklich für eine loyale und weitsichtige Diplomatie unmöglich, die Besorgnis um die Großmachtstellung Frankreichs von dem serbischen Konflikt soweit zu trennen, daß der allgemeine Krieg vermieden wurde?

Man sieht nicht, weshalb es unmöglich gewesen sein sollte, sich über die Form und Grenzen eines solchen Abkommens zu einigen. Wie schnell hätte man dann wieder zum Frieden kommen können! Der Eintritt Englands hat nicht nur den allgemeinen Krieg entzündet, sondern ihn auch gesteigert zu einem Kriege bis zum äußersten. Das Ergebnis ist: England hat den Krieg nicht nur nicht, was es gekonnt hätte, verhindert, sondern es hat ihn gewollt. . . Die obsiegende Partei in England hat den Krieg gewollt, weil wir es gewagt haben, es in der absoluten Beherrschung aller Meere beschränken zu wollen und eine Beteiligung bei der Aufteilung der Welt unter den Kulturvölkern auch für Deutschland zu fordern. Das negative Ziel der englischen Politik in diesem Kriege ist die Nichtzerstörung der Großmachtstellung Frankreichs (was wir bereit waren, ihm auch ohne Krieg zuzugestehen); das positive, wahre und letzte Ziel der englischen Kriegserklärung ist die Zerstörung der deutschen Flotte."

Was Delbrück im August 1914 ausführte, das haben die Ereignisse sehr wider seinen späteren Willen bestätigt. England hat die deutsche Flotte tatsächlich durch die Bedingungen des Trianonvertrages zerstört. Noch andere Zeugnisse müssen auferstehen, um zu beweisen, daß ein gewaltiger, aber sicherer Instinkt die gesamte Nation damals erfaßt hatte und auf den Weg trieb, auf den es allein durch den Sieg seine Selbstbehauptung finden konnte. Unter dem Eindruck der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 schrieb die Frankfurter Zeitung:

„Später kommende Geschlechter, die nur gedruckte Urkunden lesen und Berichte auf Papier, denen wird nur ein begnadeter Historiker oder ein Dichter den erhabenen Tag vergegenwärtigen können. Ohne Unterschied, ergriffen bis zu Tränen, im Augenblick, wo man dem Kaiser stürmisch zujubelte und schließlich unerhört bei solchem Akt im Weißen Saale die Nationalhymne angestimmt wurde, einig gingen in dem Entschluß, für dieses Deutschland zu kämpfen, das in den Gütern des Friedens herrlich dasteht unter allen Ländern, einig zum ersten Mal alle Parteien, alle Bekenntnisse, alle Weltanschauungen beim Beginn eines Weltkrieges um die Existenz eines Vaterlandes. Einig die Sozialdemokraten mit den anderen würdig und überlegt, nicht im Rausch des Augenblicks, sondern in der Ueberzeugung von dem Wert und dem Rechte dieses Vaterlandes, nichts preisgebend von ihren Idealen und doch freudig entschlossen wie jeder andere, das Letzte hinzugeben für dieses Reich. Und einzelne von den Abgeordneten der äußersten Linken, die zu Hause bleiben könnten, sie gehen freiwillig

mit ins Feld, freiwillig, wie irgend ein anderer national Gesinnter. Ein Reich und Volk, das sich in der Stunde der Gefahr so ehrlich zusammenfindet, das schlicht und einfach ohne Pose und künstliches Pathos vor aller Welt darlegt, wie es den Frieden gewollt hat und zum Kriege gezwungen wurde, so ehrlich, daß manches fast naiv klingen mag für schlauere Staatsmänner, das kann nicht untergehen! Das siegt in dem Kampf um seine Existenz!"

Und das Berliner Tageblatt, das es sich im Jahre 1918 besonders angelegen sein ließ, imperialistische Kriegsstimmen aus 1914 zu sammeln, um ihre Gefährlichkeit nachträglich festzustellen, offenbarte am 5. August 1914 seinen Lesern:

„Einen der größten Tage Deutschlands bis in alle Ewigkeit hinein hat der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den 4. August genannt. Und wer diesen Tag miterleben durfte, der wird ihn gewiß bis zur Todesstunde nicht vergessen. Nie sah die äußere Lage des deutschen Reiches bedenklicher aus als in diesem Augenblick. Nicht bloß, daß wir im Kriege mit Rußland und Frankreich stehen, auch der englische Botschafter hat seine Päffe gefordert und damit die schwache Brücke, die bisher noch zwischen England und Deutschland bestand, abgebrochen. Das alles und manches andere wußte der Reichskanzler, oder er mußte es sich doch sagen. Und auch der Reichstag konnte sich über die ungeheuerlichen Gefahren, von denen wir umringt sind, nicht hinwegtäuschen. Und doch, nicht einen Augenblick beschlich ein Zagen die Herzen der Vertreter der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Ernst, aber selbstbewußt, vom stolzen Gefühl des eigenen Wertes getragen, so war die gestrige Stimmung im Reichstag. Es gab wirklich keine Parteien, keine Gegensätze mehr. Ein großes Ziel hatte das Handeln und Denken jedes einzelnen in eine bestimmte Richtung gelenkt: Wir müssen siegen, und deshalb werden wir siegen, auch gegen eine Welt in Waffen. Man hat unsere Zeit eine Zeit der Epigonen genannt; und wirklich, im Kleinkampf des täglichen Lebens schien sie diese Bezeichnung nur mit allzu großem Recht zu verdienen. Gestern war alles Epigonentum abgestreift. Eine neue Generation mit eigenen Zielen, eigenen Gedanken trat plötzlich auf den Plan. Noch immer haben sich bei den Zeiten der Not und Entscheidung im deutschen Volke die richtigen Männer gefunden, um aus allen Schwierigkeiten und Gefahren heraus das Volk höheren Zielen entgegenzuführen. Nach dem Eindruck der gestrigen Sitzung darf man der gewissen Zuversicht leben, daß sich auch diesmal das Gold sehr rasch von den ihm anhaftenden Schlacken sondern, und daß sich zum einmütigen Wollen auch die einmütige zielbewußte Tat gesellen wird."

II.

Zu den Männern, die zu Beginn des Krieges dem Siegeswagen mit imperialistischem Geschirr und Behang voranliefen, die alle Pauken

dröhnen und alle Becken rasseln ließen, gehört vor allem **Matthias Erzberger**. Im ersten Kriegsjahr veröffentlichte er im Roten Tag ununterbrochen Aufsätze, deren kriegspolitische Einstellung auf Eroberungen unverkennbar war. Am 25. Dezember 1914 brachte der Tag von ihm einen Aufsatz: Friedensbedingungen. Erzberger weist auf unsere Waffenerfolge im Osten und im Westen hin, die uns berechtigten, nicht nur eine starke und zuversichtliche Sprache zu führen, sondern auch unsere Friedensbedingungen entsprechend einzurichten. Sicherungen und Garantien sind es, die er gleichermaßen verlangt, die aber nach seiner Auffassung nicht gering ausfallen können und dürfen. Erzberger erwähnt die Forderungen, die gleichzeitig in Paris und London aufgestellt worden waren, die sich auf die Eroberung Elsaß-Lothringens, der deutschen Kolonien und der Zertrümmerung unserer Ostmarken bezogen. Wenn die Gegner derartige Eroberungsziele aufstellten, so würden wir uns das für die Friedensverhandlungen merken und danach unsere Forderungen einrichten. Weiter hat Erzberger im Roten Tag die Kriegsschuld Englands immer und immer wieder als bewiesen und zweifelsfrei bezeichnet. Endlich macht er es zu seiner Sonderaufgabe, Belgien der Verletzung der Neutralität zu überführen. Am 7. Oktober 1914 veröffentlichte er im Roten Tag eine Reihe Beweisstücke, die Belgiens Schuld untrüglich und unverkennbar machten. Und mit spürbarer Eindringlichkeit gab er im November 1914 ebenda bekannt, daß er im Besitz von Material sei, das erhärte, Belgien sei bei Kriegsausbruch entschlossen gewesen, seine Neutralität zu Ungunsten Deutschlands aufzugeben, zu einer Zeit also, als noch keine Rede von einem deutschen Ultimatum war. Vier Jahre später hat Erzberger in seiner Flugschrift über den Völkerbund Belgien, d. h. die belgische Regierung Broquevilles rein zu waschen versucht mit Gründen, die dem Arsenal dieser Regierung entstammten. Erzberger behauptet sogar Seite 158, a. a. O., daß er in der Zentrumsfraktion und im Reichstag schon seit Jahren die Auffassung vertreten habe, von einer belgischen Schuld könne nicht gesprochen werden. Um so leichtfertiger ist dann sein Verhalten zu Beginn des Krieges. Er stützte sich damals nicht auf Angaben der deutschen Regierung, sondern er betonte z. B. ausdrücklich in dem Aufsatz vom Dezember 1914, daß er sich diese tatsächlichen Beweise persönlich verschafft habe. Und hieraus hat Erzberger dann gegenüber Belgien Forderungen gezogen, die haarscharf sich mit dem Begriff der „Eroberung" deckten. Im Jahre 1915 war Erzberger noch immer der Bannerträger der Durchhaltepolitik. Am 22. Februar gab er im Roten Tag zu verstehen, daß nur ein solcher Friede geschlossen werde, der den Opfern entspreche. Die Befürchtung, daß die Diplomaten verderben könnten, was das Schwert geschaffen habe, sei nach seinen Informationen unbegründet. Am 11. Februar hatte Erzberger den am 1. Februar 1915 angekündigten verschärften Tauchbootkrieg nicht nur befürwortet, er suchte auch alle Bedenken zu zerstreuen, die sich gegen die voraussichtliche Wirkung erheben würden. Ausdrücklich versichert er, daß es kaum einen zweiten Akt der deutschen Regierung

seit Ausbruch des Krieges gegeben habe, der so sehr die Zustimmung aller deutschen Volkskreise fand, wie die Blockadeverhängung über England. Am 31. Dezember 1915 setzte Erzberger auseinander, daß nur das Volk den Krieg gewinnen werde, das die stärksten Nerven besitze. Er warnt vor jedem Optimismus: je mehr die Tür nach dem Osten sich öffne, desto günstiger werde unsere Lage. Erzbergers Freunde haben versucht, den späteren Umfall damit zu begründen, daß Erzberger verhältnismäßig früh erkannt habe, daß der Krieg nicht zu gewinnen sei. Es kann indessen bewiesen werden, daß dieser vielgewandte Politiker eigentlich immer auf beiden Achseln trug. Am 11. Februar 1915 hatte er im Roten Tag selbstherrlich geschrieben, wenn Munitionstransporte aus den Vereinigten Staaten vernichtet würden, könne niemand darin eine Verletzung des Völkerrechts sehen. Trotzdem behauptete Erzberger im Oktober 1918, als er im Sattel saß, er habe die Versenkung der Lusitania seiner Zeit bedauert und diesem Bedauern auch in Rom Ausdruck gegeben. Am 28. Mai 1915 schrieb Erzberger im Roten Tag: „Die Gerechtigkeit unserer Sache und die Einigkeit unseres Volkes sind die mächtigen Pfeiler, auf denen das Vertrauen des Volkes ruht. Wer an diesen Pfeilern nagt, ist der einzige Volksfeind den wir kennen. Pessimisten gehören in diese Kategorie!" Damit hat Erzberger sein Urteil selbst gesprochen.

Das merkwürdige Doppelspiel hat Erzberger in anderem Zusammenhang fortgesetzt. Während er im Jahre 1917 offiziell bereits als einer der Träger der reinen Verzichtspolitik galt, der namentlich in der Schweiz allen Personen, die ihm nur zuhören wollten, unablässig versicherte, Deutschland denke garnicht daran, irgendwelchen Landgewinn aus dem Kriege heimzubringen, entfaltete er hinter dichten journalistischen Schleiern eine sehr rege annexionistische Werbearbeit. Mitte August 1917 brachte u. a. der Vorwärts eine Notiz, die Erzberger befragte, was Wahres an den Gerüchten sei, daß er unter der Hand eifrig für die Angliederung des Erzbeckens Briey-Longwy werbe. Tatsächlich hat Erzberger im August und September 1917 durch von ihm finanziell und politisch abhängige Nachrichtenbüros die deutsche Provinzpresse mit einer Flut von Aufsätzen überschütten lassen, die die Notwendigkeit der Erwerbung des Erzbeckens Briey-Longwy darstellten. Diese Aufsätze sind in den Frankfurter Nachrichten, den Düsseldorfer Nachrichten, dem Remscheider General-Anzeiger, der Münchener Zeitung u. a. mehr erschienen. Dieser große Pressefeldzug ging ursprünglich und eigentümlich auf Erzberger zurück. Daß er sich dabei selbst in dem Hintergrund hielt, drei- bis vierfache Kulissen vorschob, entspricht seiner Taktik, niemals persönlich gefaßt und gestellt zu werden. Allein sein Verhalten in der Briey-Erzbeckenfrage verdient doch wohl kritischer Nachprüfung, zumal Erzberger, im Vertrauen darauf, daß seine publizistischen Maulwurfsarbeiten gut zugedeckt seien, heute Persönlichkeiten angreift, die angeblich durch ihr Verlangen nach der Angliederung des Erzbeckens von Briey-Longwy kriegsverlängernd gewirkt hätten. Demgegenüber muß mit allem

Nachdruck hervorgehoben werden, daß Erzberger im August 1917, also nach der Juli-Entschließung, die für ihn erreichbare Provinzpresse im Sinne der Eroberung des Erzbeckens eintrommeln ließ. Er selbst hat das Material sammeln und zusammenstellen lassen, er selbst war es, der die Denkschrift unter sieben Siegeln zu vertraulicher Benutzung weiter gab. Das sachliche Material dieser Denkschrift Erzbergers war so beschaffen, daß es sehr gut aus den Presseabteilungen der Schwerindustrie hätte stammen können. Der Tenor des Materials ging dahin, daß wir das Minette-Erzbecken brauchten, um unsere Eisenindustrie dauernd wettbewerbfähig zu halten. Verwunderlich ist, daß angesichts dessen Erzberger im Februar 1919 in der Nationalversammlung zu Weimar über die Imperialisten sich entrüstete, weil diese durch das Verlangen nach dem Erzbecken den rechtzeitigen Friedensschluß verhindert hätten. Wenn irgend ein Politiker, dann hat gerade Erzberger eifrig für die Angliederung von Briey-Longwy geworben. Nicht nur zu Anfang des Krieges, sondern auch 1917 nach der Juli-Entschließung. Wie Erzberger später den Frieden von Litauisch-Brest dem Rahmen der Entschließung anpaßte, so hätte er gegebenenfalls auch für Briey-Longwy die geeignete Formel gefunden. Er hatte eben zu jeder Zeit zwei Eisen im Feuer. Das mag unter Umständen von persönlichem Vorteil sein, für die Politik eines großen Volkes sind diese Methoden gefährlich und schädlich.

Dies Doppelspiel war übrigens auch in anderen Fällen zu beobachten. So ließ Erzberger im Frühjahr 1917, als die Demokratisierung auf dem Marsch war und der ewige Zauderer Bethmann weder den einen noch den andern klaren Entschluß finden konnte, wieder durch seine Nachrichtenbüros gegen die Demokratie scharf machen. Sein besonderer Auftrag lautete, dem deutschen Volke zu zeigen, daß die Demokratie an sich kein Heil bedeute, daß unsere festgefügte Monarchie den Demokratien des Westens unendlich weit überlegen sei. Als Erzberger endlich im Oktober 1918 das Ziel seines Ehrgeizes erreicht hatte und Staatssekretär geworden war, da war wieder er es, der trotz der mächtigen demokratischen Unterspülung durch seinen „Heimatdienst" Deutschland als Monarchie und den Kaiser zu halten suchte. Um nach dem Zusammenbruch sofort auf das andere Ufer zu wechseln. In den Kreisen der Zentrumspublizisten werden übrigens noch ganz andere Dinge unter Angaben von Namen und „Zahlen in Mark" erzählt, die sämtlich dartun, mit welchen Mitteln Erzberger Anhänger für seine Verständigungspolitik suchte.

Die Spuren dieser wechselseitigen Versicherungsgesellschaft haben sich bis in die allerjüngste Vergangenheit in der Presse gefunden. Sie sind zum Beispiel vorhanden, wenn bestimmte Publizisten mit vollen Weihrauchkesseln vor Erzberger einherlaufen, um seine doch mehr als zweifelhafte Tätigkeit als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission zu feiern. Sie finden sich auch in den Notizen, die Erzberger und Foch allein stundenlang sich gegenübertreten und verhandeln lassen, obschon Erzberger kein Wort französisch und Foch kein Wort deutsch kann.

Uebrigens ist auch ein Zeuge aufgestanden, der vollgültige Beweise für Erzbergers Doppelspiel in allen kriegspolitischen Fragen gebracht hat. Dieses Zeugnis stellt Erzberger zunächst einmal wieder als Imperialisten reinsten Wassers hin. Am 1. April 1919 hielt die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Augsburg eine Gedächtnisfeier für Kurt Eisner ab. Die Gedenkrede hielt Gustav Landauer, der dabei mitteilte, daß er im Besitz der Abschrift einer Denkschrift einer heute noch in Amt und Würden befindlichen hohen Regierungspersönlichkeit sei, die aus dem September 1914 stamme. Jene Persönlichkeit normierte die Friedensbedingungen Deutschlands nach einem siegreichen Kriege für seine Gegner also: Annektierung Belgiens und der französischen Normandie, Besitznahme der Großbritannien vorgelagerten normanischen Inseln und der heutigen russischen Randstaaten. Ferner ein zusammenhängendes deutsches Kolonialreich in Afrika und eine Kriegsentschädigung, die nicht nur die damals in den ersten Kriegsmonaten schon entstandenen 10 Milliarden Kriegskosten, sondern auch die Deckung der gesamten Reichsschulden umfassen sollte.

Der Verfasser dieser Denkschrift war Mathias Erzberger. Der Inhalt stimmt mit seinen Aufsätzen im „Roten Tag" durchaus überein. Was diesen vielgewandten Politiker nicht abhält, heute zu behaupten, er habe den Imperialismus immer bekämpft. Das ist eine reichlich dreiste Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Zeitgenossen.

Auch Philipp Scheidemann hat nicht immer auf sein verhängnisvolles Wort geschworen: Ein Narr, wer an einen Sieg glaubt. Er hat zu Beginn des Krieges sehr wohl an einen Sieg geglaubt und Großes mit ihm gewollt. Dafür zeugt seine Reichstagsrede vom 16. März 1915:

> „Ein neues Zeitalter kündigt sich an. Wir brauchen zum Sieg Brot, aber auch Freiheit . . . Was wir getan haben (Bewilligung der Kredite), geschieht nicht um des Lohnes wegen, es geschieht im Interesse des deutschen Volkes. Was uns dieser Krieg auch genommen hat, was für Schmerzen er uns auch bereitet, wem wäre das je erspart geblieben, der Großes in der Welt gewollt hat. Aber ein unerschütterlicher Wille bahnt sich schließlich den Weg zum Erfolg. Wir bauen darauf, daß unser Volk auch in der schwersten Prüfung der Weltgeschichte seinen Weg aufwärts und vorwärts finden wird. Das Land, in das wir unsere Saat streuen, ist unser Land."

Vorher schon, Ende Januar 1915, hatte Scheidemann unter dem Eindruck der Kundgebung der französischen Sozialistenpartei, die am 28. Dezember 1914 in der Humanité veröffentlicht wurde, in der sozialdemokratischen Presse die Losung ausgegeben: Wir müssen durchhalten! Er mußte eingestehen, daß alle Bekundungen des guten Willens, um von Parteiwegen den Frieden zu ebnen, nirgendwo ein Echo gefunden hätten. Ja, Schlimmeres und Ernsthafteres müsse festgestellt werden: Jede Kundgebung der Friedensbereitschaft wird als Zeichen der Schwäche gedeutet. Und deshalb können wir ein viertesmal kaum sagen,

was dreimal unbeachtet geblieben ist oder nur Verdächtigungen und Vernichtungsdrohungen hervorgerufen hat!

Diese Erkenntnis wurde in der Folge durch Aeußerungen der leitenden Staatsmänner auf dem andern Ufer immer wieder bestätigt. Hätte Scheidemann diese Erkenntnis dauernd als Triebkraft seines politischen Handelns beibehalten, so wären uns die unverzeihlichen und verhängnisvollen Fehler im diplomatischen Kampf um den Frieden erspart geblieben.

* * *

Die deutsche amtliche Politik nahm die wiederholten Herausforderungen der Gegner nicht auf. Vielmehr erklärte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 20. Februar 1915 offiziös, daß die Erörterung über die Kriegsziele nicht freigegeben werden könne, ebenso, daß es noch nicht angehe, bestimmte Kriegsziele aufzustellen. Zunächst müsse der Feind niedergerungen werden. In der Sache war nichts dagegen einzuwenden, auch die Sprache war reichlich stark, da sogar Hammerschläge dazwischen tönten. Allein diese Taktik wurde nicht festgehalten, vielmehr das diplomatische Spiel um den Frieden an allen neutralen Fronten eröffnet. Insbesondere wurde mit stillschweigender Duldung der Regierung von den Führern der deutschen Sozialdemokratie versucht, die erste Fühlung mit englischen und französischen Sozialisten zu Friedensbesprechungen herzustellen. Dies Eingeständnis hat der Abg. Max Quarck in einem Artikel über die Auseinandersetzung in der sozialdemokratischen Partei gemacht, der im Sommer 1915 in der Presse vielfach erörtert wurde, ohne daraus die richtigen Folgerungen zu ziehen. Allein die Partei, deren Führer Scheidemann im Januar noch die Losung ausgegeben hatte, wir müssen durchhalten, gab sich bereits im Juni 1915 alle Mühe, das zu tun, was gerade Scheidemann verurteilt und als schädlich hingestellt hatte. In einer Kundgebung des Parteivorstandes vom 22. Juni hieß es:

„Wir erheben erneut den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zugunsten der Annexion fremder Landesteile und der Vergewaltigung fremder Völker, wie sie insbesondere durch die Forderungen großer wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Oeffentlichkeit bekannt wurden. Deutschland, das von einer großen Uebermacht angegriffen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt, den Aushungerungsplan zu Schanden gemacht und bewiesen hat, daß es unbesiegbar ist, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun."

Diese Kundgebung mißfiel selbst führenden Parteiblättern. So äußerte sich das Hamburger Echo:

„Wer sich dogmatisch und ohne Wirklichkeitssinn auf den Standpunkt stellt, nach diesem revolutionärsten aller Kriege müsse alles, aber auch alles, genau so wieder hingestellt werden, wie es vor Kriegsausbruch war, der fordert — grob ausgedrückt — nicht mehr und nicht weniger als die Wiederholung des Krieges. Soll der Sieger sich nicht

sichern dürfen vor gleichen Gefahren, nicht Schutz nehmen, den ihm seine Kraft geschaffen hat? Sollen unsere Brüder, Söhne und Väter ihr Blut gelassen haben, um nach wenigen Jahren ihre Kinder in dasselbe Kriegselend getrieben zu sehen? Kein Verständiger wird das verlangen."

Und der Abg. Wolfgang Heine, der 1917 und 1918 in der vordersten Reihe jener Publizisten und Politiker stand, die es für das Gebot der Stunde hielten, die innerpolitischen Gegensätze nicht nur zu betonen, sondern zum schärfsten Ausdruck zu bringen, der es für klug hielt, im März 1919 zu bekennen, er habe nie an den Sieg geglaubt, erging sich damals in den Sozialistischen Monatsheften in überlegten realpolitischen Erwägungen:

„Die deutsche Regierung könne unmöglich den Feinden Friedensverhandlungen anbieten, nachdem diese durch ihre berufensten Wortführer erkärt hätten, der Kampf müsse bis zum Sieg oder Untergang durchgeführt werden. Von der Erklärung ist gerade das Gegenteil der erhofften Wirkung auf die sozialistische Internationale zu erwarten. Sie wird bei den sozialistischen Parteien des Auslandes keineswegs mehr Verständnis für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie wecken, sondern eher das Entgegengesetzte erreichen. Es entspreche weder der Würde noch der Klugheit, sich jetzt um die Anerkennung der anderen Glieder der Internationale zu bemühen. Die größte Gefahr der Erklärung liegt auf dem Gebiete der inneren Politik. Sie schafft einen scheinbaren Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem übrigen Volke. Das gibt den Gegnern der Partei die Möglichkeit zu der Unterstellung, daß die Sozialdemokratie dem Vaterlande den Schutz versagen wolle. Die Sozialdemokratie hat nur solange einen festen Boden, als sie fest bleibt im Kampfe für Deutschlands Erhaltung. Eine Sozialdemokratie aber, der in dieser gefahrvollen Zeit mehr an der Zufriedenheit der Feinde Deutschlands in der Internationale als an den Interessen des eigenen Vaterlandes zu liegen scheint, wird nicht darauf rechnen können, die Führung des deutschen Volkes beim Frieden und nach dem Frieden zu besitzen."

Ein gleiches geschah von der Frankfurter Zeitung, die der Kundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes folgende Kritik mit auf den Weg gab:

„Was bedenklich erscheinen muß und nicht ohne Widerspruch hingenommen werden darf, das ist die Forderung, Deutschland, das von einer großen Uebermacht angefallen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt hat und den Aushungerungsplan zuschanden gemacht hat, sollte den ersten Schritt zum Frieden tun im Namen der Menschlichkeit und der Kultur." Der Satz wirkt in dieser Stilisierung fast wie Ironie. Man sollte meinen, es sei doch auch in der sozialdemokratischen Parteileitung bekannt, daß ein „von einer großen Uebermacht

Angefallener“ nur dann den ersten Schritt zum Frieden tut, wenn er damit andeuten will, daß er überwunden ist und um Frieden bittet. Ganz sicher werden wenigstens seine Feinde, wenn es nach dem Ratschlage dieses Aufrufes verfährt, es so auslegen, und sie werden dementsprechend die Bedingungen des Friedens stellen . . . Aber schon die Tatsache der Veröffentlichung ist sehr zu bedauern und zu verurteilen; denn sie wird im feindlichen Auslande begierig als ein Zeichen dafür aufgegriffen werden, daß die anfängliche Geschlossenheit des deutschen Volkes nicht mehr vorhanden sei und daß ein Teil des Volkes den Frieden nicht erwarten könne. Die Folge wird sein, daß unsere Feinde meinen werden, wenn sie jetzt noch eine Zeitlang recht fest auftreten, werde es ihnen doch noch gelingen, Deutschland niederzuwerfen, was ja, wie der Aufruf feststellt, die Sozialdemokraten der feindlichen Länder wollen. Wenn es also etwas gibt, was diesen Krieg über seine natürlichen Bedingungen hinaus verlängern kann, dann sind es solche unzeitgemäße und geradezu gefährlichen Rufe nach dem Frieden.“

Selbst von imperialistischen Anwandlungen war die Frankfurter Zeitung damals nicht frei. Als im Juni 1915 die Sozialdemokraten Bernstein, Haase und Kautsky in der Leipziger Volkszeitung ihr Gebot der Stunde erscheinen ließen, in dem sie unter Hinweis auf angebliche Eroberungsabsichten einflußreicher Kreise von der sozialdemokratischen Partei die Aenderung ihrer bisherigen parlamentarischen und politischen Taktik verlangten, schrieb sie:

„Viele Aeußerungen dieser Dreier-Erklärung sind schief, insbesondere aber das Heranziehen der Frage des Eroberungskrieges. Deutschland führt keinen Eroberungskrieg; ob es zweckmäßig sein wird, beim Frieden dieses oder jenes Landstück zu behalten, wird sich zeigen. Daß es aber völlig naiv ist, grundsätzlich und unter allen Umständen jede Annexion, wie sie auch sei, rundweg abzulehnen, mit anderen Worten, daß der Standpunkt der Bernstein, Haase und Kautsky von einer fatalen Ideologie und außerdem unmarxistisch ist, hat kürzlich der radikale Sozialist Cunow in einer Broschüre dargelegt“.*)

*) Nur der Kuriosität halber sei erwähnt, daß auch der unabhängige Finanzminister der bayerischen Volksrepublik Kurt Eisners, Professor Edgar Jaffé, 1915 Anhänger und eifriger Befürworter einer ausgedehnten Eroberungspolitik war. Anfang März 1915 erschien in vielen großen Provinzzeitungen aus seiner Feder ein Aufsatz über die Neugestaltung unseres Einfuhr- und Ausfuhrhandels nach dem Kriege, in dem Jaffé außerordentlich starke machtpolitische Gedanken entwickelte: „Was wir in Zukunft vermeiden müssen, ist jede weitgehende Abhängigkeit vom Auslande, in der wir uns bisher befanden, deren Gefählichkeit uns jedoch nicht ganz klar zum Bewußtsein gekommen ist, weil wir mit einem Kriege gegen eine Koalition, der auch England angehört, noch nie ernstlich gerechnet hatten“.

Das war das Problem. Für seine Lösung empfahl Jaffé ein Eroberungsprogramm, dessen wesentlicher Teil also beschaffen war:

„Wir werden vielmehr unsere völkische und wirtschaftliche Expansion möglichst auf solche Länder beschränken müssen, die wir im Notfall durch unsere

Indessen ist die Juni-Kundgebung der Sozialdemokratie in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt eindringlich einen überwältigenden Mangel in der Erfassung der diplomatischen und kriegspolitischen Lage. Daß der Krieg im ersten Jahre nicht alle Nachteile und Schäden der Blockade offenbaren würde, war auch den Feinden bekannt. Sie rüsteten deshalb auch für einen Krieg auf lange Dauer. Denn just in der Zeit, da die deutsche Sozialdemokratie laut nach Frieden rief, wurde im englischen Unterhause das Munitionsgesetz durchgepeitscht, während gleichzeitig die Wehrbewegung, das heißt die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, mit aller Kraft eingesetzt hatte.

Stärker als durch diese Kundgebung hat sich die Sozialdemokratie in den Kriegsjahren kaum bloßgestellt. Sie überschätzte unsere militärischen Anfangserfolge, obschon tatsächlich alles darauf ankam, sie bis zum Ende zu behaupten. Vor allem zeigte sie, daß den Führern der Sozialdemokratie die englische Geistes- und Seelenverfassung fremd war. Aus dieser Fremdheit sind die taktischen Irrwege der Partei entstanden, die sie überall einschlug, um auf ihnen nach dem Frieden zu jagen. Die Antwort vom andern Ufer blieb nicht aus. Gustav Hervé schrieb in der Guerre soziale:

„Unsere armen Exgenossen nötigen uns ein Lächeln ab, wenn sie ihrer Regierung sagen, daß sie keine Einverleibung wollen: arme Unglückliche. Sie haben einfach noch nicht begriffen, was auf dem Spiel steht. Denn die Frage ist nicht, ob Deutschland Belgien annektieren wird, vielmehr werden die Verbündeten, wenn sie erst die Mobilmachung und die Organisation aller ihrer Kräfte vollendet haben, die Deutschen aus Belgien, Frankreich und Polen hinauswerfen — und wie! — Die Frage, der die deutschen Sozialdemokraten ins Gesicht sehen müssen, ist mithin eine ganz andere, nämlich die, ob Deutschland alle nicht reindeutschen Gebiete, Nordschleswig, Polen und das französische Elsaß-Lothringen behalten kann. Wenn sie das erst und das Recht der unterdrückten Nationalitäten begriffen haben, dann sind sie von der Verständigung nicht mehr so weit entfernt.

---

militärischen Machtmittel direkt oder indirekt erreichen können. Für eine solche Expansion werden vor allem Oesterreich-Ungarn, die Türkei, die Balkanstaaten, ferner gewisse Teile Westrußlands in Frage kommen. Daneben ferner große Gebiete Zentralafrikas, die sich unseren bisherigen Kolonien angliedern müssen."

Jaffé hatte an sich richtig erkannt, daß die geographische Lage Deutschlands in Hinsicht auf seine unabänderlich notwendige wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht ohne ein System machtpolitischer Sicherungen bestehen konnte. Er wollte in seiner Weise auch ein Ziel, das indessen ohne entscheidenden Sieg auf allen Fronten nicht zu erreichen war. Um gewisse Teile Westrußlands angliedern zu können, mußte das Zarenreich geschlagen sein. Um die Türkei vollständig in die Einflußzone Deutschlands hereinzuziehen, mußte England zu Lande und zu Wasser niedergerungen sein, sonst wäre es aus Kleinasien und Aegypten nicht zu vertreiben gewesen. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen. Darin hat Jaffé versagt, d. h. er verlor die Nerven Das gibt auch die Bewertung für die antimilitaristischen und revolutionären Reden, die er im Herbst 1918 in München hielt.

Noch ist die Sozialdemokratie nicht so weit, aber sie wird nach der ersten großen Niederlage der deutschen Armee dahin gelangen; denn sie ist bereits auf dem Wege nach Damaskus."

Wenn die Sozialdemokratie sich den grundsätzlichen Fehler ihrer Taktik hätte klar machen wollen, so hätte sie nur umgekehrt die Wirkung zu berechnen brauchen, die ein ähnlich geartetes Verhalten der französischen Sozialisten hervorgerufen haben würde. Hätten Philipp Renaudel und Albert Thomas immer und immer wieder die Notwendigkeit zur Einleitung von Friedensverhandlungen betont, weil es den Deutschen nicht gelungen sei, Frankreich im ersten Ansturm zu überrennen, so würde das bei uns allgemein als ein Zeichen wachsender Kriegsmüdigkeit der Franzosen ausgelegt worden sein. Ebenso, wenn Henderson und Roberts ununterbrochen die Tribüne des Parlaments oder die Presse dazu benutzt hätten, im Namen der englischen Arbeiterpartei die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen zu fordern. Es gehört zum Wesen erfolgreicher Politik, die eigenen Fehler im Spiegel der Gegner zu erkennen. Die deutsche Regierung ist von dem Vorwurf nicht freizusprechen, daß sie die gefährliche Taktik der Sozialdemokraten nicht nur duldete, sondern durch ihr diplomatisches Ungeschick mittelbar förderte. Auf das Eingeständnis Quarcks, daß die deutschen und österreichischen Sozialisten im neutralen Auslande auf Friedenssuche seien, ließ die Regierung zwar abstreiten, daß sie mit dieser internationalen Friedensarbeit etwas zu schaffen habe, aber sie gab zu, daß sie den deutschen Sozialisten bei dieser Arbeit keine Schwierigkeiten mache.

Es ist weiter unerfindlich, aus welchen Gründen Scheidemann und andere Führer der Sozialisten die Möglichkeit erfolgreicher Friedensverhandlungen folgerten. Denn die These ist doch, daß die deutschen „Imperialisten" die Friedensbereitschaft der Gegner vereitelt hätten. Soweit es sich um die amtliche Politik der Westmächte handelt, sind Kundgebungen nicht bekannt, die unter Hinweis auf die Forderungen der deutschen Imperialisten die Energie der Kriegführung steigerten. Im Gegenteil, während die deutsche Sozialdemokratie ihre Junikundgebung erließ, beschloß das englische Unterhaus die Aufstellung einer nationalen Registrierung, um die Organisation zu schaffen, die ein Maximum der Produktion bei einem Minimum der Kosten zu erreichen. Und der Temps erklärte am 29. Juni 1915:

> „Daß die Sozialdemokratie sich mit dieser Kundgebung hervorwagen konnte, nachdem sie gelehrig der kaiserlichen Politik gedient hat, beweist, daß die Müdigkeit des deutschen Proletariats tatsächlich besteht und daß das Verlangen des Volkes nach sofortigem Frieden nicht mehr unterdrückt werden kann. Das Anzeichen ist wertvoll und kann, wenn es überhaupt nötig wäre, uns nur in unserem Willen bestärken, den Krieg bis zum Ende durchzuführen, bis zum völligen Siege der Sache des Rechts und der Freiheit!"

Allein die deutsche Regierung war unfähig, die Diagonale zu finden. Die Aeußerungen der französischen Presse, die doch von einer nationalen Energie ohnegleichen zeugten, weckten weder ihren Willen zum Leben und zum Handeln, noch ihre Einsicht über das Unzulängliche der einseitigen Friedensbemühungen der deutschen Sozialisten. Am 4. Juli 1915 brachte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung eine amtliche Würdigung der französischen Pressestimmen. Der Schluß dieses Artikels hat geschichtlichen Wert, denn er enthüllt mit überwältigender Tragik die Ideenlosigkeit und Unfähigkeit der deutschen Diplomatie:

„Die Unkenntnis der französischen Presse in der Beurteilung deutscher Zustände ist uns kein Novum. Wir erinnern uns, daß namhafte Blätter manche innerpolitische Auseinandersetzungen als Zeichen innerlicher Zersetzung, ja als den Beginn einer Revolution angesehen haben. . . Wir benutzen gern die Gelegenheit, um die französische Presse über den wahren Stand der Meinungen in Deutschland aufzuklären; es ist ganz einfach und auch für den Außenstehenden leicht zu verstehen. *In Deutschland ist man im Allgemeinen der Ansicht, daß Frankreich, England und Rußland in kürzerer oder fernerer Zeit* einsehen werden, daß eine Besserung der militärischen Lage zu ihren Gunsten nicht mehr zu erhoffen und die Fortsetzung des Krieges zwecklos ist. Von dieser Ansicht ausgehend, „gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffenen günstigen Kriegslage", ist der sozialdemokratische Parteivorstand mit seinem Manifest hervorgetreten, wie andere Organisationen auf Grund unserer Siegeszuversicht bereits mit der Formulierung ihrer Forderungen für den künftigen Frieden vorangegangen waren. . ."

Daraus geht zunächst deutlich hervor, daß die Regierung sich über die Seelen- und Geistesverfassung der Franzosen wenig oder gar keine Vorstellungen und Gedanken machte. Gerade weil Frankreich sich auf diesen Krieg vorbereitet hatte, von ihm Genugtuung und den vollständigen Triumph über den Gegner erhoffte, deshalb war zu erwarten, daß es ihn bis zum Siege oder bis zur Erschöpfung und zur Niederlage führen würde. Hätte die deutsche Regierung den furchtbaren Ernst der Lage erkannt, so hätte sie über die französischen Pressestimmen, die die Gefühle des Landes wiedergaben, nicht mit einigen gesucht gleichgültigen Bemerkungen hinweggehen dürfen. Ein Mißgriff aber war es, die vertrauliche Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände, die von starkem Glauben an den Sieg getragen war, mit der Kundgebung der Sozialdemokratie auf eine Stufe zu stellen. Denn diese Kundgebung war ein Abbau, stellte der politisch nicht geschulten Masse die Dinge so dar, als ob wir jeden Tag Frieden haben könnten, wenn wir nur wollten. Diese Taktik hat die Sozialdemokratie beibehalten und mit ihrer Hilfe unsere Niederlage organisiert. Die Masse mußte nach und nach dafür zugänglich

werden, daß der Friede schließlich nur noch ein diplomatischer Handwerksgriff sei. In Wahrheit war aber der Friede selbst unter den Bedingungen, die die Sozialdemokratie zugestehen wollte, ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen, zu keiner Zeit zu haben. Das begründet die Mitschuld der Sozialdemokratie am Zusammenbruch. Indem sie immer von der nahen Möglichkeit des Friedens redete, ob mit oder ohne Sieg, züchtete sie im Volke die wachsende Kriegsmüdigkeit. Das war um so gefährlicher, als mit der Dauer des Krieges Not und Entbehrungen zunahmen, so daß der Ausgleich unter allen Umständen durch seelische und geistige Einwirkungen hätte gesucht werden müssen. Davon war keine Rede. Der Friede ohne Eroberungen und Entschädigungen, der angeblich die Pforten zum Friedenstempel sofort öffnen würde, wurde zur Losung. Niemals haben die Sozialdemokraten ernstlich untersucht, ob wir tatsächlich einen solchen Frieden überhaupt bekommen könnten. Er war nicht von Frankreich, er war noch weniger von England zu haben. Die deutsche Regierung ließ die Politik der Sozialdemokratie zu, was in den außergewöhnlichen Verhältnissen, in denen wir lebten, auch eine tatsächliche Unterstützung bedeutete. Hätte die Regierung die gewaltigen Ausmaße dieses Krieges erkannt, die große geschichtliche Entscheidung vor der wir standen, auch nur nahen gefühlt, so hätte sie die französischen Pressestimmen und die Kundgebungen der feindlichen Staatsmänner nicht in dieser Form erledigt. Sie hätten ihr vielmehr Ursache sein müssen, das deutsche Volk auf den Ernst des Krieges, auf die unerbittliche Zwangslage in der es gestellt war, hinzuweisen. Alle Kräfte hätten wachgerufen werden müssen, um den Widerstand zu stählen und unüberwindlich zu machen. Stattdessen immer diese laue Hoffnung auf Frieden. Außer der Regierung hatte kein Kenner der Feinde etwas davon wahrgenommen, daß diese keine Aenderung der militärischen Lage zu ihren Gunsten erhofften, den Krieg also als zwecklos aufgeben würden. Das Gegenteil war vielmehr der Fall. Die Feinde hofften nicht nur auf den Sieg, sondern sie rüsteten unablässig dafür. Die Selbsttäuschung der Regierung Bethmann Hollwegs haben wir teuer genug bezahlen müssen. Es gibt kein Wort der Entschuldigung, kein Wort der Verteidigung für diese Täuschung, zumal die Feinde es uns wirklich nicht schwer machten um zu begreifen, daß es um das Ganze ging.

Am 9. November 1914 verkündete Asquith in der Guildhall die englischen Kriegsziele: Wiederherstellung und volle Entschädigung Belgiens, ebenso Frankreichs, Sicherung der Rechte der kleinen Nationen, das heißt Zertrümmerung der Donaumonarchie, Zerstückelung der Türkei und Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens. Am 22. Dezember 1914 erklärte der französische Ministerpräsident Viviani in der Kammer:

„In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich. Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen

Frieden gesicherten Befreiung Europas. . . Getreu seiner Unterschrift im Vertrage vom 4. September 1914, wo es seine Ehre und somit auch sein Leben einsetzte, wird Frankreich die Waffen erst niederlegen, wenn es das verletzte Recht gerächt, die gewaltsam geraubten Provinzen für immer an Frankreich geschmiedet, das heldenmütige Belgien wiederhergestellt und den preußischen Militarismus zerbrochen haben wird."

Bereits am 18. Februar 1915 ergriff Viviani im französischen Senat wiederum das Wort, um unter reichem Behang mit den der üppigen gallischen Phantasie zur Verfügung stehenden Redefloskeln zu beteuern, daß die Einigkeit und Herzlichkeit der Verbündeten unverändert fortbestünde, daß sie zur Fortsetzung des Krieges bis zum Ende entschlossen seien, bis zur Befreiung Europas, bis zur materiellen und politischen Wiederherstellung Belgiens und bis zur Einverleibung Elsaß-Lothringens. Zu dem Franzosen gesellten sich die englischen Minister, die u. a. am 10. Juli 1915 in der Guildhall gelegentlich des Lordmayors Bankett der Entschlossenheit Englands, den Krieg zu gewinnen, unmißverständlich Ausdruck gaben. Kitchener rief die Wehrfähigen auf, Eduard Carson sagte, der Krieg müsse gewonnen werden, dazu sei England entschlossen. Aber es werde noch eine Herkulesarbeit kosten. In ähnlichem Sinne äußerten sich Lord Derby und Winston Churchill. Die Nation wurde zu neuen und größeren Opfern angefeuert, aber der Friede nur als Frucht des vollständigen Sieges hingestellt. Am 14. Juli hielt Poincaré die bekannte Marsellaise-Rede zu Ehren der Ueberführung der Leiche Rouget de Lisles. Und auch in ihr hieß es zum Schluß: Alle Kraft und Energie auf ein einziges Ziel zu richten, nämlich den Krieg, solange er auch dauern möge, bis zur endgültigen Niederlage des Feindes fortzusetzen.

Allein kein französischer Sozialist, kein Renaudel, kein Thomas standen auf, um im Namen der Freiheit und der Menschlichkeit den Präsidenten der Republik zur Ordnung zu rufen. Die französischen Sozialisten billigten eben die Vernichtungsdrohungen des Staatsoberhauptes gegen Deutschland. In diesem von tausend Gefahren umdrohten Deutschland bekundeten die Sozialdemokraten: Das Volk will Frieden! Und verlangten von der deutschen Regierung den ersten Schritt, um diesen Frieden herbeizuführen. Fürwahr, einen besseren Dienst konnten sie unseren Feinden nicht leisten. Das war eine Schlacht, die im Herzen Deutschlands geschlagen und von unsern Feinden gewonnen worden war.

Die Sozialdemokratie hat unter Scheidemanns Führung und in enger Wechselwirkung mit der Politik Bethmann Hollwegs zuerst das Pathos der Distanz zu den Geschehnissen verloren. Als echter Hasardeur der Revolution hat Scheidemann später versucht, seine Taktik als weitsichtig und überlegt hinzustellen. Für seine politische Einsicht und die seiner Partei ist es bezeichnend, daß sie am 16. August 1915 Leitsätze erließen, die sich gegenseitig aufhoben. Es fehlt nicht ein Bekenntnis wider die deutschen Imperialisten. Das war ja nun der Zauberstab, der die Felsentore, die

zum Frieden führten, sprengen sollte. Allein daneben verlangten diese Leitsätze noch Verschiedenes andres, was samt und sonders nicht ohne überwältigenden Sieg zu erreichen war. Dazu gehörte, daß Elsaß-Lothringen niemals und in keiner Form herausgegeben werden dürfe. Sodann die „offene Tür“ in allen kolonialen Gebieten, weiter die Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in allen Handelsverträgen, schließlich die territoriale Unversehrtheit der Donaumonarchie und der Türkei! Wer die Kriegsprobleme auch nur oberflächlich durchdacht hatte, dem mußte geläufig sein, daß gerade das Alles, was die Sozialdemokratie positiv verlangte, umgekehrt auch das positive Kriegsziel des Vielverbandes war. Also die Eroberung Elsaß-Lothringens, der Ausschluß Deutschlands von den kolonialen Märkten, die Fesselung seines Ausfuhrhandels, sowie die Zertrümmerung der Donaumonarchie und der Türkei. Das Alles glaubte die Sozialdemokratie verhindern zu können, indem sie den Grundsatz: „Ohne Entschädigungen und ohne Eroberungen“ prägte, gleichzeitig aber auch das wilde Amoklaufen gegen die deutschen Imperialisten begann. Wenn die Deutschen trotz der Kriegserfahrungen nicht noch immer ein unpolitisches Volk wären, dann hätte die Sozialdemokratie, deren Politik und Taktik durch die Wucht der Tatsachen bis auf die Knochen blamiert worden ist, niemals durch die Revolution die entscheidende Rolle erlangen können. Ihre Führer sind schlechte Politiker, bar jeder Intuition, ohne Verständnis für die Zusammenhänge der großen Politik und für die imperialistischen Triebkräfte der andern Völker. Aus diesem gänzlichen Mangel politischer Einsicht erwuchs auch die andre Selbsttäuschung, die in der Erfahrung zu einer groben Irreführung des deutschen Volkes wurde. Das war die mehr als naive Annahme, der Krieg richte sich nur gegen die deutschen Imperialisten. Um einen gerechten Frieden zu bekommen, brauchten nur die Imperialisten an die Wand gedrückt und Deutschland „demokratisiert“ zu werden, dann würden uns weder Gebietsverluste noch Entschädigungen zugemutet. Die Tatsachen haben anders entschieden, allein die Partei, die dies Hasardspiel in die Politik einführte, hält sich für die Regierung Deutschlands berufen und auserwählt.

Daß auch die parteiamtlichen Leitsätze der Sozialdemokratie vom August 1915 drüben ein andres Echo fanden, hat das politische Gewissen der deutschen Internationalisten nicht beeinflußt. Bereits am 24. August 1915 antwortete der französische Sozialist und Munitionsminister Albert Thomas in Creuzot:

> „Wir sprechen vom Siege, weil wir in unserer ständigen Kraftanstrengung die Gewißheit unseres Sieges erlangten. . . . Der Sieg schwebt über uns! Kameraden, auf euch zählen wir, um ihn zu erlangen.“

Auch die öffentliche Meinung Englands meldete sich ähnlich in den Times. Es hieß da, daß der deutschen Tat der britische Wille zum Siege gegenüber stünde. England sei nun erwacht. Es wisse, der Lohn des Er-

folges in diesem Kriege sei: Leben, die Strafe der Niederlage: Tod. In Frankreich folgte unmittelbar die denkwürdige Kammersitzung vom 26. August. Wieder war es Viviani, der den leidenschaftlichen Schrei nach Elsaß-Lothringen ausstieß, wobei er wirksam von dem Führer der vereinigten Sozialisten, Varennes, unterstützt wurde. Nur die deutsche Regierung indessen war blind und taub. Sie begnügte sich, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung schwächlich zu erwidern, die Imperialisten zurechtzuweisen, die Sozialdemokratie zu verhätscheln, statt alle seelischen Kräfte zu wecken, um den Widerstand unüberwindlich zu machen. Die Sozialdemokratie hatte nun ihre Taktik der Zwieschlächtigkeit gefunden. Nun begann sie unter der melodramatischen Begleitung der bürgerlichen Pazifisten das frevle Spiel, die deutschen Imperialisten öffentlich anzuklagen. Weil in der feindlichen Presse alldeutsche Weisheiten von mehr oder minder politischer Einsicht ausgegraben wurden, deshalb sollten sie angeblich die Schuld daran tragen, daß die Gegner gegen die Sirenenklänge der sozialdemokratischen Verständigungspolitik taub blieben. Und dabei hatten die Sozialdemokraten ein ähnliches Gespenst in ihrem Hause stehen. Denn kein Geringerer als Karl Marx wurde zuerst und zwar schon im März 1915 von der französischen Presse, der Temps voran, als gefährlicher Pangermanist angekreidet. Seine sozialistischen Theorien seien zu keinem andern Zweck erdacht worden, als den Nationalismus andrer Völker politisch und geistig auszuhöhlen. Diese pangermanistische Einkleidung Marxens war allerdings lächerlich, aber als Mittel zum Zweck gerade so tauglich wie die Ausgrabung verschollener alldeutscher Literatur. Dennoch ließ die Sozialdemokratie nicht davon ab, die innerpolitischen Gegensätze Deutschlands zu erweitern. Und hier beginnt ihre tragische und geschichtliche Schuld. Hätten ihre Führer das Augenmaß für machtpolitische Verhältnisse besessen, so hätten sie erkennen müssen, daß ihre Taktik schon aus se.lischen Gründen die Massen zermürbte. Gerade weil die Blockade uns außerordentliche Opfer auferlegte, mußten alle seelischen Werte und Kräfte um so höher angespannt werden. Es ist möglich, daß die Führer der Sozialdemokratie selbst glaubten, ihr Weg könnte zum Ziel führen. Aber dieser Irrtum konnte und durfte nicht länger vorbehalten als die Tatsachen eine andere Sprache redeten. Die Sozialdemokratie hat ununterbrochen ihre Bereitwilligkeit zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen ausgesprochen. Wir wissen aus den Kundgebungen der feindlichen Staatsmänner, daß dieser zu keiner Zeit des Friedens zu haben war. Während also die führenden Staatsmänner auf dem andern Ufer die Willensbildung der Massen darauf vereinigten, den Krieg zu gewinnen und zunächst nur dies zu tun, entwickelten bei uns diese Wechselbeziehungen religiöser, kapitalistischer, sozialistischer und snobistischer Natur ihre Hemmungen und Widerstände. Gerade die Politiker, die später unablässig die Politik Bethmanns verteidigten, die fast täglich zu neuen Friedensangeboten drängten, hatten zu Anfang ein Empfinden dafür, daß es sich nicht nur um ein Geduldsspiel der Völker, sondern um Schicksalsfragen handelte.

Es entlastet die Sozialdemokratie nicht, daß sie von bürgerlichen Pazifisten unterstützt wurde. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Friedenskundgebung der Sozialdemokratie im August 1915 offenbar ihre Anregung von gleichartigen Bestrebungen der bürgerlichen Pazifisten erhielt. Denn in jener Zeit weilten Vertreter dieser Gruppe im Haag, um mit englischen Pazifisten Fühlung zu suchen. Aus dieser Fühlung, die ja vorübergehend wirklich zustande kam, erwuchsen im Herbst 1915 die hartnäckigen Friedensgerüchte. Allein unsre Pazifisten haben sich als noch größere Ideologen erwiesen als die außenpolitisch schlecht oder garnicht orientierten Führer der Sozialdemokratie. Die englischen Pazifisten hatten keinen Einfluß, trotzdem oder gerade weil sie gesellschaftlich und politisch den Asquith und Grey nahe standen. Ueberdies lag die tatsächliche Leitung der englischen Politik nur noch formell beim Premier. Die imperialistische Gruppe, der sich auch Lloyd George angeschlossen hatte, war auf dem Wege zur unbeschränkten Macht. Das englische Koalitionsministerium, die Uebernahme Balfours in die Admiralität, war nicht eine Verankerung der nationalen Verteidigung in allen Parteien, sondern die Waffenstreckung der bedingt pazifistischen Altliberalen vor den willensstarken Imperialisten. Die Engländer wußten, was auf dem Spiele stand: Tod oder Leben der Nation. Gerade weil die aktiven Kräfte des britischen Imperiums unseren sozialistischen und pazifistischen Außenpolitikern verschleiert waren, deshalb nur war die furchtbare Täuschung über Friedensmöglichkeit und Friedensbereitschaft möglich. Hätte England den Krieg verloren oder unentschieden abgebrochen, dann wäre der britische Reichsbau zu Bruch gegangen. Die Dominions hätten ihre Selbständigkeit gesucht und gefunden, die Eingeborenen-Kolonien, Indien und Aegypten, aber wären zum Abfall reif gewesen. Das hat im Dezember 1917 Bonar Law mit ungewöhnlicher Aufrichtigkeit eingestanden, als er seinen unionistischen Parteifreunden den ersten Brief Landsdownes als verfehlten Schachzug erklärte.

Deshalb tat drüben kein Staatsmann den Mund auf, ohne Deutschland das Knockont, um dem Reiche Vernichtung und Tod anzudrohen. Diesem Vernichtungswillen unerbittlicher Feinde gegenüber gab es nur die eine Taktik der unablässigen und opferfreudigen nationalen Verteidigung. Für sie mußte eintreten, wer den Geist der englischen Kriegführung begriff, wer dessen kalte Grausamkeit kannte, den kein Geringerer als Macaulay aus tiefster und ursprünglicher Kenntnis der englischen Volksseele mit den Worten umrissen hat:

„Kein Krieg sollte je unternommen werden, wenn nicht Verhältnisse vorliegen, die allen Austausch von Höflichkeit zwischen den Kämpfern unmöglich machen. Es ist gewiß schlimm, daß Menschen einander hassen; aber es ist viel schlimmer, daß sie sich daran gewöhnen, einander ohne Haß die Kehle abzuschneiden. Krieg ist nur dann milde, wenn er mutwillig unternommen wird. Wenn Männer genötigt sind, zu ihrem persönlichen Schutz zu kämpfen, so müssen sie

hassen und sich rächen. Dies ist vielleicht schlecht, aber jedenfalls ist es menschliche Natur. Es ist der Ton, wie er aus der Hand des Schöpfers kam."

Die Engländer haben danach zu jeder Zeit des Krieges gehandelt, wobei die Regierung ständig bemüht war, den Kriegswillen aufzupeitschen und den Haß als motorische Kraft der Kriegsmaschine zu verwenden. Wir handelten menschlicher. Wir boten immer wieder Verständigung und Frieden an, obschon der Gegner deutlich zu verstehen gegeben hatte daß er von dem einen wie dem anderen nichts wissen wollte.

III.

Wie wenig die Pläne der deutschen „Eroberungspolitiker", die in Wahrheit doch nun die Träger des Kampfwillens bis zum äußersten waren, auf die Kriegsstimmung der Feinde einwirkten und einwirken konnten, geht schon daraus hervor, daß die Gegner selbst ja uferlose Eroberungspläne zur Ausführung bringen wollten. Das Schicksal der Türkei war besiegelt, wenn jemals die englische oder russische Flagge vor Konstantinopel erscheinen würde. Ebenso das Schicksal der Mittelmächte, sobald ihre Kraft zum Widerstande erlahmte.*) Diese Kraft immer lebendiger zu gestalten, das war Pflicht und Aufgabe der leitenden Staatsmänner. Von Bethmann Hollweg ist es bekannt, daß er den Frieden mit der ganzen Seele suchte, indessen in der Täuschung befangen war, er könnte diesen ohne Einbuße auf dem Wege der Verständigung erreichen. Ihm fehlte zum Staatsmann alles, der divinatorische Scharfblick ebenso wie die Kenntnisse der Triebkräfte der internationalen Politik. Was wir in den Entscheidungsjahren deutscher Geschichte brauchten, das waren Staatsmänner, die zu äußerster geistiger und seelischer Kraftanstrengung fähig waren, um uns als Feuersäulen lebendigen Willens voranzuleuchten. Statt das Volk auf den gewaltigen Ernst des Krieges hinzuweisen, ihm unablässig in tausend Zungen zu predigen, daß Glück und Wohlfahrt, Ruhm und Größe des Vaterlandes auf dem Spiel stünden, daß uns Opfer über Opfer der Gegenwart die Zukunft retten würden, suchte Beth-

*) Daß die Kriegsziele des Vielverbandes seit Beginn des Krieges nicht nur in Umrissen, sondern auch in den Einzelheiten feststanden, dafür zeugt eine Veröffentlichung in der nordamerikanischen Zeitschrift „The Independent" vom 26. September 1916. Ihr Verfasser ist Paul Miljukoff, der 1915 und 1916 die Hauptstädte der Westmächte aufgesucht und dabei sicher sein Projekt diskutiert hatte. „The Independent" zählt zu den angesehensten Zeitschriften der Vereinigten Staaten. Es war an sich auffällig, daß sie Miljukoff die Eroberungsziele des Vielverbandes darlegen ließ, ohne ein Wort der Kritik für diese revolutionäre Geographie Europas und Kleinasiens zu finden. Miljukoffs Vorschläge decken sich in der Hauptsache mit dem, was der Trianon-Vertrag als Ergebnis des Krieges für den Vielverband festzustellen sucht. Wieder ein Beweis, daß die Friedensbedingungen von jeher feststanden und nicht erst eine Folge der längeren Kriegsdauer sind. Miljukoff „löste" allerdings nur die „östliche" Frage. Soweit Deutschland in Betracht kommt, soll es wichtige Teile für die Wiederherstellung Polens abgeben. Westpreußen und Danzig, Posen und halb Schlesien fallen an Polen, das natürlich als „unabhängiger" Staat im Rahmen des russischen Kaiserreiches errichtet wird. Auch Galizien wird zu Polen geschlagen. Rumänien erhält ganz Transylvanien, aber damit noch nicht die Vorherrschaft auf dem Balkan. Diese fällt an Rußland, das den Rest der europäischen Türkei mit den Dardanellen

mann nach unzulänglichen Mitteln für die Aufrechterhaltung der innern Widerstandskraft. Da er persönlich nicht an den Sieg glaubte, fehlte seinen Reden und Kundgebungen die Flamme, in der zu Asche wurde, was die deutsche Seele und der deutsche Geist an Erdenschwere trugen. Weil er nicht an den Sieg glaubte, sah er nur den einen Ausweg, das Volk, das den Sieg wollte, von der Unmöglichkeit der Erreichung irgendwelcher Kriegsziele zu überzeugen. Damit begann er im Sommer 1915, zu welcher Zeit Erzberger und Scheidemann die vorbereitenden Schritte zum Abbau der Widerstandskraft einleiteten.

Wir hatten im Sommer und Herbst 1915 beträchtliche militärische Erfolge errungen. Nun glaubte Bethmann, es sei genug. Einer seiner Getreuesten, der Unterstaatssekretär Wahnschaffe gab im November 1915 Besuchern vertraulich zu verstehen, daß der Friede nun mit aller Kraft erstrebt werden solle. Serbien sei nun niedergeworfen, die militärische Arbeit also getan. Auf dieser Höhe stand die politische Einsicht Bethmanns und seiner Ratgeber. Sie waren ohne Kenntnis der treibenden Kräfte des Krieges, ohne Kenntnis des Geistes und der Seelenverfassung unserer Feinde, die den Krieg von Beginn an für etwas anderes hielten als nur ein militärisch-diplomatisches Spiel um einige tausende Geviertkilometer Land.

In Verfolg dieser Politik bestellte sich Bethmann am 9. Dezember 1915 eine sozialdemokratische Interpellation, der für die Geschichte Deutschlands entscheidende Bedeutung zukommt. Sie lautet: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten? Scheidemann begründete die Anfrage, in der er u. a. äußerte:

„Ich spreche es nach reiflicher Ueberlegung offen aus: alle Völker wären froh, wenn dem Kriege schnellstens ein Ende gemacht wird. Zweifellos wollen alle Völker den Frieden, aber, die verantwortlichen Staatsmänner wissen noch nicht, wie sie aus der Sackgasse herauskommen sollen. . . . Am 4. August 1914 stand unser Volk wie ein Mann bereit. Ein Blick auf die Kriegskarte zeigt, wo unsere Truppen

und Konstantinopel und einem breiten Streifen des gegenüberliegenden asiatischen Festlandes in Besitz nimmt. Kleinasien ist nach Miljukoffs Plänen dazu ausersehen, unter den Verbündeten aufgeteilt zu werden. Rußland bekommt fast ganz Armenien, sowie den Nordteil Persiens mit Teheran; England Arabien und Mesopotamien mit Bagdad; Frankreich Syrien; Griechenland die kleinasiatische Küste mit den vorgelagerten Inseln. Palästina soll internationalisiert werden, während die Türkei geographisch und politisch auf Anatolien beschränkt wird. Und Italien wird mit einem schmalen Küstenstreifen abgefunden, der eigentlich nichts mehr als den vorgelagerten Gebirgsrücken des Taurus umfaßt. Außerdem erhält es die adriatische Küste mit Triest und Fiume, aber von Dalmatien nur den nördlichen schmalen Streifen von Zara bis Sebenico, während der südliche Teil mit Spalato und Ragusa vermutlich an Großserbien gelangen soll. Miljukoff gibt zu, daß diese Teilung mit den Wünschen der Bevölkerung der großzügig weggegebenen Gebiete nicht übereinstimmen könnte. Allein von einer Volksabstimmung will er nichts wissen, da militärische und strategische Gründe in erster Linie den Ausschlag gäben. Das Miljukoffsche Projekt hat nur soweit eine Aenderung erfahren, als Rußland vorher zusammenbrach. Allein die Vereinigten Staaten wollen sich dafür in Armenien ein Mandat erteilen lassen.

stehen. Glauben unsere Gegner wirklich, den Krieg noch auf unser Gebiet hinüberspielen zu können! Es handelt sich wirklich nur noch um die Frage, ob die Gegner zum Frieden bereit sind. Daß der eine Teil sich für besiegt erklärt, mag in einem Kriege möglich sein, den kleine oder mittlere Staaten miteinander führen, daß aber in einem Kriege, der fast ganz Europa umfaßt, ein Teil auf die Knie gezwungen werden kann, ist ausgeschlossen. Von Frieden soll der reden, dessen Stärke ihm gestattet, auch jede Mißdeutung davon als Zeichen der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzunehmen. Darum können und müssen wir vom Frieden reden . . . Wir wenden uns entschieden gegen alle, die aus diesem Kriege einen Eroberungskrieg machen. Ebenso weisen wir aber auch alle gegen das Deutsche Reich und seine Sicherheit geschmiedeten Pläne zurück. Im Auslande ist gesagt worden, es könne von Frieden keine Rede sein, ehe der deutsche Militarismus nicht vernichtet und Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben ist. Unsere Gegner verstehen nun aber unter Militarismus etwas ganz anderes als wir. Wir meinen nicht damit das Heer, in dem unsere Söhne und Brüder sich befinden. Was wir bekämpfen unter Militarismus ist eine Angelegenheit, über die nur innerhalb unserer Grenzen zu entscheiden ist, wie über den französischen Militarismus und den englischen Marinismus jenseits der Vogesen und jenseits des Kanals zu entscheiden sein wird. Von einer Abtrennung Elsaß-Lothringens wollen wir natürlich nichts wissen.

Aber Europa richtet sich durch diesen Krieg systematisch zu Grunde, während Amerika ein glänzendes Geschäft macht. Mögen doch endlich auch unsere Gegner einsehen, daß die Aushungerungsspekulation falsch gewesen ist. Die Hoffnung der Feinde auf ihre militärischen Erfolge ist nicht besser. Nach den unerschütterlichen Tatsachen sind wir es, die jetzt vom Frieden sprechen können und deshalb vom Frieden sprechen müssen. Unmittelbare Gefahren drohen unseren Grenzen nicht mehr, deshalb ist es unsere Pflicht, den Reichskanzler zu fragen, unter welchen Bedingungen er zu Friedensverhandlungen bereit ist. Die ganze Erde wartet auf die Antwort des Reichskanzlers mit atemloser Spannung. Ich hoffe, daß er das erlösende Wort findet und seine Bereitschaft zum Frieden ausspricht, dann wird die heutige Sitzung von weltgeschichtlicher Bedeutung werden. Wir wünschen, daß der erste entscheidende Schritt zur Beendigung des furchtbaren Krieges von Deutschland ausgeht."

Die Antwort Bethmanns mußte zunächst gestehen:

„Tatsächlich ist keiner unserer Feinde mit Friedensanregungen an uns herangetreten, tatsächlich haben es vielmehr unsere Feinde für ihr Interesse gehalten, uns fälschlich Friedensangebote anzudichten. Beides hat denselben Grund: eine Selbsttäuschung ohnegleichen, die wir nur noch verschlimmern würden, wenn wir ihnen mit

Friedensvorschlägen kämen, statt daß sie uns kommen. Wenn ich über eigene Friedensbedingungen sprechen soll, muß ich mir zuerst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Gegner haben im ersten Rausch der Hoffnungen, die sie zu Beginn auf diesen leichten Krieg setzen zu können glaubten, die ausschweifendsten Kriegsziele aufgestellt, haben die Zertrümmerung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, zu diesem Zweck 20 Jahre lang Krieg führen. Ueber eine solche Dauer des Krieges ist man dort inzwischen etwas besorgt geworden. Aber das Endziel ist trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit das gleiche geblieben. Ich verweise auf die kürzlich in der vielgelesenen „National Review“ aufgestellten Kriegsziele. Und ähnlich wie dort geht es mit ganz wenigen Ausnahmen durch die ganze englische Presse. „New Statesman“, ein als gemäßigt bekanntes Blatt, nennt unter den Friedensbedingungen die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Vernichtung des sogenannten preußischen Militarismus, die Vertreibung der Türken aus Europa, die Herstellung eines Großserbiens mit Bosnien. Der frühere Minister Mastermann verlangt die Abtretung der linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes, und der „Labour Leader“ meint, mit dieser Forderung habe die Regierung einen Fühler ausstrecken wollen. Es bleibt eben noch alles beim alten. Deutschland muß vernichtet werden.

So klingt es auch aus der französischen Presse heraus. Noch immer wird Elsaß-Lothringen gefordert. Herr Hanotaux hat noch kürzlich im „Figaro“ im Gegensatz zu der sonst üblichen Legende von dem überfallenen Frankreich das offene Bekenntnis abgelegt, Frankreich habe den Krieg gemacht, um Elsaß-Lothringen zu erobern.

Der tatsächlichen militärischen Lage sind diese Kriegsziele der feindlichen Regierungen nicht angepaßt. Ich würde aber den gegnerischen Machthabern zu nahe treten, wollte ich ihre Forderungen etwa als Bluff auffassen und nicht ernst nehmen. Die Lage ist doch durchsichtig. Man hat reichliche militärische und diplomatische Niederlagen erlitten, Hekatomben geopfert, man kann es nicht mehr verheimlichen, daß wir in Ost und West weit in Feindesland stehen, den Weg nach Südosten geöffnet haben, wertvolle Faustpfänder in der Hand halten. Aber das Ceterum censeo, daß Deutschland zertrümmert werden soll, muß aufrecht erhalten werden. Man hat sich so fest darauf verbissen, daß man nicht mehr davon los kann. Darum müssen weitere Hunderttausende auf die Schlachtbank getrieben werden.“

Der sozialdemokratische Abg. Landsberg sagte dann noch in der Besprechung der Interpellation:

„Wer das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird, mag er ansetzen, wo er will, auf das in der Verteidigung einige Volk treffen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird.“

Wenn es eine „kompromittierte Politik“ gibt, so ist es die, deren Leitsätze von Scheidemann am 9. Dezember 1915 im Reichstag entwickelt wurden. Nicht eine einzige seiner Voraussetzungen war zutreffend. Vor allem verriet die Rede einen beispiellosen Mangel an Verständnis für das politische Wollen unserer Feinde. Das politisierte Volk Englands wußte, warum der Krieg geführt wurde, während bei uns selbst der Führer einer großen Partei von der Tribüne des Reichstags über die Möglichkeiten der Kriegsbeendigung platte Einfältigkeiten zum Besten geben durfte. Die Taktik, die auch die Reichstagsverhandlungen vom 9. Dezember 1915 erst möglich machte, hat unsere Niederlage organisiert. Es wurde nunmehr üblich, unsere Friedensbereitschaft bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit bekannt zu geben. Bethmann aber mußte bei dieser Gelegenheit dem deutschen Volke sagen, daß bei der Zähigkeit der angelsächsischen Rasse und bei der verbissenen Kriegswut der Franzosen ein Ende des Krieges ohne entscheidenden Sieg nicht möglich sei. Aussichten auf Verständigung waren überhaupt nicht vorhanden, eine Auffassung, die auch in allen neutralen Ländern bei allen Politikern geteilt wurden, die unsere Feinde einigermaßen kannten. Jeder von ihnen wußte, daß Frankreich keinen Frieden schließen würde ohne die Eroberung Elsaß-Lothringens. Keine Regierung hätte sich ohne diesen Preis halten können, es sei denn, daß Frankreich zuvor vollständig zu Boden geworfen war. Es genügte zur Abwehr dieser Gefahr auf unserer Seite nicht, daß Scheidemann, Bethmann Hollweg oder später auch Kühlmann von einer Abtrennung der Reichslande nichts wissen wollten. Das war lediglich eine Machtfrage, und wenn sie zu unseren Gunsten entschieden werden sollte, so mußte eben gehandelt werden. Daß die neutralen Staaten die in Deutschland aufgebrachte Taktik der Verständigung für zwecklos und aussichtslos hielten, geht ja auch daraus hervor, daß sie zu keiner Zeit zur Vermittlung bereit waren. Das deutsche Volk wurde indessen trotzdem mit diesen Hoffnungen genährt.

Wie verhängnisvoll Bethmann sich über die Lage täuschte, geht daraus hervor, daß er und seine Ratgeber im Frühjahr 1916 die Gründung eines Vereins betrieben, des Nationalausschusses, der die Aufgabe mit auf den Weg erhielt, das deutsche Volk für den ehrenvollen Frieden der Verständigung reif zu machen! Und doch war schon damals ebenso wenig wie zu Beginn des Krieges eine solche Verständigung zu erreichen. Selbst nicht einmal mit der englischen Regierung Asquiths und Greys. Als Auftakt zur Arbeit des Nationalausschusses veröffentlichte die Kölnische Zeitung im August 1916 einen Aufsatz über Erreichte Kriegsziele, obschon noch nicht einmal das einfachste Kriegsziel, die Sicherung Deutschlands, erreicht war. Wenige Tage später erklärte Rumänien den Krieg.

„Kompromittiert“ hat sich also nur die Politik, die als Kriegsursache diplomatische Mißverständnisse ansah, eine Auffassung, die zum Teil ja berechtigt ist, aber nur so weit, als die Bethmann-Regierung denkbar ungeschickt operierte. Allein die Energie und Zielsicherheit

dieses Krieges hat sich nicht an dem serbisch-österreichischen Konflikt entzündet. Das eiserne Würfelspiel ging vielmehr zunächst um Kleinasien, wie auch der Kriegsausgang unzweideutig erwiesen hat. England entwickelte im Irak und Aegypten alle Energien, um mit zusammengefaßten Kräften die asiatische Türkei zu zerbrechen. Der Traum der allbritischen Imperialisten sollte Wirklichkeit, die Linie Kalkutta—Kairo—Kapstadt zur Diagonale des Reichsbaus werden. Wer nur einigermaßen den Geist der englischen Politik kannte, der wußte auch, daß die Briten nicht um Kleinigkeiten kämpften. Wir haben diesen Geist auch heute noch nicht begriffen. Die Mediokrität unserer Staatsmänner ist nur auf den europäischen Sehwinkel eingestellt. Erzberger läßt sich ausfragen, wenn in Sachen unserer Ost- oder Westgrenzen irgend eine Entlastung gefallen ist. Den Engländern ist es durchaus willkommen, wenn die Festlandsstaaten sich weiter im Kreise drehen, statt in Erdteilen zu denken. Die Briten werden wohl nicht zulassen, daß Frankreich aus diesem Kriege als europäische Macht allerersten Ranges hervorgeht. Sie stünden dann unvermittelt dem Problem gegenüber, das sie durch die Niederwerfung Deutschlands und die Zertrümmerung des Zarenreiches gelöst zu haben glauben. Mit unleugbarer Gewandtheit wissen Lloyd George und Robert Cecil die Klippen zu nehmen. Es wiederholt sich das Spiel, das vor hundert Jahren Castlereagh und Wellington meisterhaft durchführten, als sie durch diplomatische Mittel die entscheidende Schwächung des besiegten Frankreich hinderten. Im Grunde ist es aber den Briten recht, daß die Festlandstaaten sich wieder um ihre geographischen Grenzen streiten, ebenso, daß dieser Streit durch die Schöpfung neuer Staaten noch verwickelter geworden ist. Europa hat wieder soviel mit sich selbst zu tun, daß sich weder Zeit noch Gelegenheit bietet, die imperialistischen Wege Großbritanniens zu verfolgen. Und so haben wir dank unserer beispiellos unfähigen politischen Führung kein Verständnis für Entscheidungen, die jetzt in anderen Erdteilen von selbst werden. Die Briten organisieren Arabien und Mesopotamien, umfassen Syrien, bis es ihnen als reife Frucht in den Schoß fällt. Unsre kleinbürgerlichen Staatsmänner, für die sich die Außenpolitik auf der Linie Weimar—Spaa erschöpft, wissen und ahnen von alledem nichts. Sie sind echte Epigonen der Bethmännischen Zeit.

Jetzt zeigt die Kunst unserer Staatsmänner sich in Protesten. Unter Bethmann bestand sie in Friedensangeboten. Erzberger und Scheidemann verrichteten dabei Hilfsdienste, weil sie durch ihre Auslandsreisen sich im Besitz der tiefsten Geheimnisse der internationalen Politik wähnten. So kam der Fehlschlag unseres Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916. Daß es hinaus ging, widerlegt an sich schon die Behauptung, die noch immer durch die Spalten sozialistischer und demokratisch-pazifistischer Blätter geschleift wird, daß wir einen besseren und erträglicheren Frieden bekommen hätten, wenn wir früher, auf der Scheitelhöhe militärischer Erfolge, damit hervorgetreten wären. Wir standen im Dezember 1916 auf einer beträchtlichen Höhe dieser Erfolge. Rumänien war in einem

strategisch glänzend angelegten Feldzug bezwungen worden. Im Zarenreich knisterte es im Gebälk. Die wiederholten Ministerwechsel, die Stürme in der Duma zeigten, daß der Koloß ins Wanken geraten war. Dennoch wollten unsere Gegner nichts vom Frieden wissen. Das deutsche Angebot wurde von allen Seiten höhnend zurückgewiesen, mit neuen Drohungen beantwortet. Und die Note, die der Vielverband am 12. Januar 1917 an Wilson richtete, als Erwiderung auf die Anfrage über die Kriegsziele der Mächtegruppen, offenbarte mit eindeutiger Klarheit, daß uns selbst ein Friede ohne Entschädigungen und Eroberungen nicht zugestanden worden wäre. Gleich der erste Satz der Antwort sollte das Gerede zum Verstummen bringen, als ob irgendwelche deutsche Imperialisten den rechtzeitigen Frieden verhindert hätten. Der Unterschied liegt zum Nachteil unserer Pazifisten aller Schattierungen darin, daß die Imperialisten aus der Note den unbeugsamen Kriegswillen des Gegners herauslasen während die Pazifisten ihre Selbsttäuschung nicht einmal heute zugeben wollen.

„Die Erörterungen künftiger Abmachungen, die einen dauerhaften Frieden sichern wollen, haben jedoch **zunächst eine befriedigende Regelung** des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung. Die Verbündeten empfinden ebenso tief wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch, möglichst bald diesen Krieg beendigt zu sehen, für den die Mittelmächte verantwortlich sind und der der Menschheit grausame Leiden auferlegt. Aber sie sind der Ansicht, daß es unmöglich ist, heute einen Frieden zu erzielen, der ihnen die Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert, auf die sie ein Recht haben infolge des Angriffes, für den die Mittelmächte die Verantwortung tragen und der im Ursprung gerade darauf abzielte, die Sicherheit Europas zu Grunde zu richten. Die verbündeten Völker hegen die Ueberzeugung, daß sie nicht für selbstsüchtiges Interesse, sondern zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechts der Menschheit kämpfen. Präsident Wilson wünscht, daß die kriegführenden Mächte offen die Ziele bekannt geben, die sie sich bei der Fortführung des Krieges setzen. Die Verbündeten können auf diese Forderung ohne Schwierigkeit antworten. Ihre Kriegsziele sind wohlbekannt. Sie haben sie mehrfach in den Erklärungen der Oberhäupter der verschiedenen Regierungen dargelegt. Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Sühneleistungen und gerechtfertigten Entschuldigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergesetzt werden. Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen, in erster Linie die Widerherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Widergutmachungen, des Wiederaufbaues Europas, Bürgschaft für einen dauerhaften Zustand, der sowohl auf

die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker gegründet ist, sowie räumliche Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Verbündeten durch Gewalt oder den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers von Rußland bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, die er an seine Armeen gerichtet hat."

Der „Vorwärts" nannte am 14. Januar 1917 die Note an Wilson eine neue Kriegserklärung mit uferlosen Eroberungszielen, die bestimmt sei Deutschland und seine Verbündeten einzuschüchtern. Diese Taktik werde zwar ihr Ziel verfehlen, aber eine schwere und bittere Zeit werde Europa durchleben müssen, bis die Feinde die Aussichtslosigkeit ihres Bemühens erkannt hätten. Nur stückweise, mit jedem Mißerfolg ihrer Waffen, würden die Gegner ihr Programm der Eroberungen abtragen können. Ihre jetzt im Amte befindlichen Regierungen müßten verschwinden und ihr Amt an Nachfolger abtreten, die nicht mit unerfüllbaren Versprechungen belastet seien. Erst dann kann Europa den Frieden bekommen! Der „Vorwärts" stellt sodann die Frage, wie die Sozialisten des feindlichen Auslandes diese Proklamation des Eroberungskrieges durch ihre Regierungen aufnehmen würden:

„Werden sie fortfahren, die deutschen Sozialisten der Unterstützung des Militarismus zu beschuldigen, weil sie ihr Land vor Zerstückelung bewahren wollen? Werden sie geduldig zusehen, wie die Blüte ihrer Völker den unerfüllbaren Träumen eines raffgierigen Imperialismus geopfert wird? Und in Deutschland? Wird hier sich noch jemand der Erkenntnis entziehen, daß wir wirklich einen Verteidigungskrieg führen, den wir weiter durchkämpfen müssen, so lange, bis die Gegner zu einem Frieden ohne ein besiegtes Deutschland bereit sind? In dem Manifest der Minderheitsgruppen wird gesagt, daß wir nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden ‚ohne Sieger und Besiegte' haben wollen. Nun ist es klar, daß uns die Gegner einen solchen Frieden jetzt noch nicht geben wollen. Jetzt wäre jede Tat, jedes Wort, das in seiner Wirkung darauf hinausläuft, den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu erschüttern, ein Verbrechen am deutschen Volke!"

Schärfste Worte der Kritik fand auch die „Frankfurter Zeitung":

„Die Antwortnote versichert, daß sie niemals daran gedacht habe, die deutschen Völker auszurotten. Diese Versicherung ist für uns

Deutsche von allem Erstaunlichen, das diese Note in so reichem Maße bringt, wohl die schimpflichste Herausforderung, die man uns zu bieten wagt. Eine lediglich durch die Gier nach unserem Gut bunt zusammengewürfelte Vereinigung, die unsere Heere im Westen, Osten, Süden und Südosten dutzende Male geschlagen haben, die nichts von dem besitzt, was sie begehrt, wagt unsere nationale Einheit zu bestreiten, indem sie von deutschen ‚Völkern' spricht, und versichert uns gnädig, sie wolle uns nicht ausrotten. Es ist schwer, sich vorzustellen, daß Staatsmänner mit einiger Besonnenheit diese Note entworfen haben. Haben die Leiter Englands, Frankreichs und Italiens wirklich allen Verstand verloren, daß sie glauben können, mit einem solchen Kriegszielprogramm könnten sie die Meinung der neutralen Völker für sich gewinnen? Forderungen, die hier aufgestellt werden, sind eine wilde Verhöhnung aller Mahnungen zur Mäßigung, die von den Friedensfreunden der neutralen Staaten ausgingen."

Am 14. Januar 1917 nannte der Vorwärts es ein Verbrechen am deutschen Volke, den Verteidigungswillen zu erschüttern. Nun wohl, dieses Verbrechens hat sich die Sozialdemokratie schuldig gemacht, wofür der Beweis lückenlos zu führen ist. Nach dem Ausbruch der März-Revolution in Petersburg sah sie ihre Früchte reifen. Allein was da unter eifriger Inanspruchnahme der amtlichen Telefunkenstationen üppig in die Halme schoß, war nicht ausschrotbar, sondern reiner Schwindelhafer. Wiederholte Kundgebungen, daß Deutschland nur einen Frieden der Verständigung und Versöhnung suche, übte indessen nicht entfernt die Wirkung in Petersburg aus, die sowohl Bethmann wie die Scheidemann und Ebert erwarteten. Auch die durch die Vermittlung der dänischen und holländischen Sozialisten nach Stockholm berufene Internationale erzielte kein Ergebnis. Das Eine wie das Andere war vorauszusehen. Der Vielverband wollte nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg unter allen Umständen eine befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites mit Gewalt erzwingen. Nur die deutsche Sozialdemokratie glaubte an die internationale, also überstaatliche Macht des Sozialismus. Sie wurde in diesem Köhlerglauben auch nicht irre, nachdem sowohl den französischen wie den englischen Sozialisten die Ausreiseerlaubnis von Ribot und Lloyd George verweigert wurde. Auf den Stockholmer Fehlschlag folgte dann die verhängnisvolle Juli-Entschließung des Reichstags. Erzberger hatte sie mit der Behendigkeit eines politischen Wiesels betrieben. Während seine Nachrichten-Büros noch immer Todesringe um England legten, ging Erzberger selbst zu dem Vorstoß im Hauptausschuß des Reichstags über. Scheidemann aber gebührt das fast herostratisch anmutende Verdienst, die Entschließung im Reichstag mit Gründen befürwortet zu haben, deren tatsächlicher Kern durch die Ereignisse in einer Weise widerlegt wurden, daß ihr Erzeuger von Rechtswegen besser getan hätte, von der politischen Bildfläche zu verschwinden. Ein Politiker kann irren, aber es ist kein Irrtum mehr, sondern der vollgültige

Beweis mangelnder politischer Denkschärfe, wenn ein Netzwerk falscher Vorstellungen und Trugschlüsse eine politische Handlung von entscheidender Bedeutung stützen sollen. Scheidemann operierte am 19. Juli 1917 wieder mit dem Begriff der Kriegsmüdigkeit bei allen Völkern. Wieder nahm er Frontstellung gegen die deutschen Imperialisten, wozu er sich in Stockholm bei Branting neues Material geholt hatte. Scheidemann glaubte ein ungeheures Geschehen anzukündigen, als er davon sprach, daß in den nächsten Tagen auch im englischen Unterhause eine gleiche Entschließung eingebracht werden würde. Die Friedensverhandlungen könnten also sofort beginnen! Der deutsche Reichstag nahm die Entschließung an, die dann auf dem andern Ufer sofort als neuer Beweis der deutschen Kriegsmüdigkeit hingestellt wurde. Dagegen fiel es dem englischen Unterhause durchaus nicht ein, die von Trevelyan und Snowden vorgelegte Entschließung ernsthaft zu prüfen. Sie wurde von Bonar Law und anderen Rednern zerzaust und dann mit überwältigender Mehrheit gegen 18 (!) Stimmen glatt unter den Tisch geworfen.

Indessen, auch diese derbe Lektion fruchtete nichts. Mit der verdickten Energie des Manomanen arbeitete die Sozialdemokratie weiter an der Schwächung des deutschen Verteidigungswillens. Sie tat also ununterbrochen das, was der Vorwärts am 14. Januar 1917 als Verbrechen am deutschen Volke bezeichnet hatte. Am 23. September erließ der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wieder einen Aufruf. Er wandte sich in heftiger Sprache gegen die Imperialisten, die seit Wochen und Monaten durch zügellose Werbearbeit einen baldigen Friedenschluß hinderten, den selbst der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen (Kühlmann!) als möglich bezeichnet hätten. Zum Schluß fragt der Aufruf: Was ist Wahrheit? Um darauf eine Antwort zu geben, die gerade heute des zeitgeschichtlichen Reizes nicht entbehrt:

> „Daß bei allseitigem Verständigungswillen der Völker ein baldiger Friede möglich ist, während bei ungehemmter Eroberungslust der Krieg fortgesetzt werden muß, bis die allgemeine Erschöpfung ihm von selber Einhalt gebietet. Wer einen „baldigen" Frieden der Verständigung will, einen Frieden, der allein Aussicht auf Dauer gewährt, der kämpfe mit für diese Ziele in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Daß dieser „allseitige" Verständigungswille nicht vorhanden war, daran sah die Sozialdemokratie mit krankhafter Hartnäckigkeit vorbei. Es entspricht der Abrundung des Bildes, das im Sommer 1917 die bürgerlichen Pazifisten, die sich des besonderen Vertrauens der Bethmannschen Reichskanzlei erfreuten, mit umdüsterter Stirn umherschlichen, um überall zu raunen und zu wispern, daß das Kriegsende für uns niederschmetternd sein würde. Mindestens Elsaß-Lothringen müßten wir

zurückgeben, Belgien und Frankreich außerdem mit einigen Dutzend Milliarden Mark entschädigen. Das floß durch abertausend Kanäle ins Volk und hat hier zur Zermürbung der Widerstandskraft ebenso beigetragen wie der verhängnisvolle Irrtum der Sozialdemokratie, wir könnten jederzeit einen Verständigungsfrieden ohne Eroberungen und Entschädigungen haben. Die Wirkung blieb nicht aus. Demonstrativ äußerte sie sich im Januarstreik 1918, wo die Massen den Frieden von der Regierung erzwingen zu können glaubten. Das schlug fehl, ließ aber den ungeschwächten Willen zurück, den Versuch zu geeigneter Zeit zu wiederholen. Der Versuch ist dann im November 1918 Geschichte geworden. Und das Kapitel dieser Geschichte heißt: die deutsche Revolution und der Zusammenbruch der inneren und äußeren Front.

IV.

Es bleibt noch zu untersuchen, was die Sozialdemokratie veranlaßte, durch ihre Taktik der Friedensangebote die innere deutsche Widerstandskraft zu schwächen. Daß sie absichtlich dem Feinde den Weg nach Deutschland öffnen wollte, kann von der Partei als solcher nicht behauptet werden. Sicher ist nur, daß ein Teil der Führer, der jetzt zu den verantwortlichen Leitern und Würdenträgern im Reiche und in Preußen gehört, ein völlig unzulängliches Maß politischer Erkenntnis erwiesen hat. Glaubten sie nicht an den Sieg, wie das kürzlich Scheidemann in der Nationalversammlung: wir waren zur Niederlage bestimmt! zugab, oder wie das Wolfgang Heine in der preußischen Landesversammlung eingestand, dann war ihre Taktik erst recht verwerflich. Sie war ganz und gar auf Irreführung berechnet. Am wenigsten konnten dann die ständigen Friedenskundgebungen nützen, da sie außer Acht ließen, daß die Gegner sie auslegten, wie sie wollten und wie das ihren Zwecken diente. Und das ist auch geschehen.

Schon der alte Liebknecht hatte 1898 darauf aufmerksam gemacht, daß der Sieg der Sozialdemokratie wesentlich von einer Niederlage Deutschlands im nächsten Kriege abhinge. Die Revolution werde alle Dämme hinwegspülen, und den Weg für die Diktatur des Proletariats freimachen. Gewiß, Liebknecht arbeitete dabei noch mit theoretischen Formeln, die dazu bestimmt waren, die Massen zu beeinflussen oder mit politischem Willen zu durchtränken. In Wirklichkeit wäre die Diktatur des Proletariats nichts anderes gewesen als nur die Uebertragung der politischen Macht an die Führer der Sozialdemokratie. Die Ergebnisse der deutschen Revolution haben das bestätigt. Allein die Masse ist nicht ohne Erfolg marxistisch erzogen worden. Sie sieht die Errungenschaften der Revolution gefährdet, weil sich an ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage nichts oder nicht viel geändert hat. Die Nutznießer der Revolution sind die Führer, die sich, kaum zur Macht gelangt, auch mit den Prunk- und Ausstattungsstücken eines demokratischen Staates bekleideten. Mit den Führern ist nur die geschlossene Kaste der Parteifunktionäre hoch-

6555-6 5B
5-40
C

gekommen, was unter Umständen in das Schema eines parlamentarisch regierten Staates paßt, aber eine politische Schulung voraussetzt, die nicht durch die Tätigkeit in Gewerkschafts- und Konsumvereinen gewonnen werden kann. Es handelt sich hier um soziologisch unterschiedliche Aufgaben. Wie der Staatsmann nicht durch den Bücherschrank gemacht wird, weshalb die Professoren in der Regel so schlechte Politiker sind, so wenig wird er durch die Organisation von Orts- und Bezirksgruppen, deren politisches Ziel überdies an so einseitiger Beschränktheit leidet, wie es die marxistische Sozialdemokratie darstellt.

Die Führer wollten im Kriege den Aufstieg zur Macht. Wenn sie zunächst die Kredite bewilligten, so waren sie dazu durch die leidenschaftliche Aufwallung des deutschen Volkes gezwungen. Als sie sahen, daß diese Aufwallung durchhielt, setzte der planmäßige Abbau der Widerstandskraft ein, wobei die parteiegoistische Sorge mitgewirkt haben mag, daß ein siegreiches Deutschland für die Sonderziele der Sozialdemokratie kaum noch Interesse und Verständnis haben würde. Deshalb der innerpolitische Krieg gegen die Imperialisten, der nicht nur den Trägern des Siegeswillens, sondern mehr noch den parteipolitischen Gegnern galt. Selbst wenn die Führer die Geschobenen waren, so ernteten sie damit nur die Frucht ihrer politischen Erziehung der Massen. Auf dem zweiten Rätekongreß in Berlin hat ein Wissender, Max Cohen, zugegeben, daß die Massen seit fünfzig Jahren planmäßig verhetzt worden seien. Ihr wurde das Trugbild der Gemeinbürgschaft der proletarischen Internationale vorgegaukelt, ihr wurde der Sozialismus als die Heilkraft der verrotteten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gepriesen. Aber es liegt im Wesen des Sozialismus, daß seine Anhänger nur folgen, nicht folgern. Das hat am tiefsten Nietzsche erkannt, weshalb er den Sozialismus die zu Ende gedachte Tyrannei der Geringsten und Dümmsten nannte. Diese Kennzeichnung gilt dem Sozialismus als Dogma, nicht der Masse die an ihn glaubt, weil ihr kein andres Brot des politischen Lebens gereicht wird. Nachdem die Führer zur Macht gelangt sind, wiederholt sich bei ihnen die alte Erfahrung, daß ein Hirt und eine Herde sein muß. Aber diese Herde hat in der Schule der Sozialdemokratie die staatliche Gesinnung verloren, eine Gesinnung, deren wesentliches Element Einordnung ist.

Es bleibt ein Erdenrest, zu tragen peinlich. Das deutsche Volk hat ursprünglich in seiner Gesamtheit an den Sieg nicht nur geglaubt, sondern auch instinktiv als Rettung vor dem Sturz in die Tiefe gewollt. Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen. Denn das lebende Geschlecht ist nicht Deutschland schlechthin, sondern nur eine Stufe, der unzählige andre sich anbauen sollten. Der Ehrgeiz der Parteipolitiker, etwas zu sein oder etwas zu scheinen, hat den Siegeswillen in den Morast innerpolitischer Machtkämpfe abgelenkt. Nachdem das Unheil vollbracht ist, suchen sie die unsühnbare Schuld für den Zusammenbruch andern aufzubürden, was in der aufgeregten Gegenwart vielleicht gelingt, vor der

Geschichte indessen nicht durchzuführen ist. Alles, was heute in das Fach der kompromittierten Politik geschoben wird, gehört den Männern als Eigenbau zu, die sich zunächst als Imperialisten gaben, dann aber aus Sorge für persönliche und parteipolitische Interessen das Ufer wechselten. Es entlastet sie nicht, daß ihre Taktik durch die staatsmännische Unzulänglichkeit Bethmanns begünstigt wurde. Auch nicht, daß die bürgerlichen Pazifisten und Demokraten ebenso schwer irrten, wie sie. Nicht der U-Boot-krieg, nicht der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet, sondern nur die innere Politik, die die seelische Widerstandskraft durch die Reihe der Friedensangebote stärkte. Die Union wäre dem Krieg auch ohne verschärften Tauchbootkrieg auf die Dauer nicht fern geblieben, jedenfalls dann nicht, wenn sich die Wage des Sieges endgültig auf die Seite Deutschlands geneigt haben würde. Das haben unsre Staatsmänner nicht erkannt, weshalb sie die Wühlarbeit drüben zuließen, die, obschon gut gemeint, uns mehr geschadet hat, als der Tauchbootkrieg. Das amerikanische Volk mußte aus seiner Geistes- und Seelenverfassung heraus beurteilt werden. In der Entfernung verstand es nicht die Gründe, die uns zum Einmarsch in Belgien zwangen. So kam es zur gefühlsmäßigen Aufwallung über verletztes Völkerrecht, die wir durch geistige und andere Mittel nicht heilen konnten. Das war gerade so untauglich, als wenn die Briten uns 1900 Sendboten gesandt hätten, die bei uns gegen die Buren Stimmung machen sollten. Und schließlich haben die Millionen amerikanischer Soldaten den Krieg nicht entschieden, sondern unsere Kriegsmüdigkeit, die eine Folge jener Wühlarbeit war, die den Verständigungsfrieden als jederzeit greifbar hinstellten, sobald unsere Imperialisten am Boden lägen. Auch für die Widerstandskraft Englands und Frankreichs gab es Grenzen. Unsere Versöhnungspolitiker haben es verstanden, diese immer weiter hinauszurücken. So war das Ende unvermeidlich, zumal die Donaumonarchie von sozialistischen und nationalistischen Maulwürfen aller Art unterwühlt war. Was übrig bieb, ist das zerschlagene Reich und die kompromittierte Politik der Männer, die jeden Tag die Friedensbereitschaft bekundeten. Damit taten sie das, was nie hätte geschehen dürfen: die Feinde wurden zur äußersten Kraftanstrengung im Vertrauen auf den inneren Zusammenbruch Deutschlands aufgepeitscht. Sie haben sich nicht getäuscht! Das ist das traurige Ergebnis der kompromittierten Politik.

Druck von Ernst Mauckisch in Freiberg i. Sa.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.,

Berlin W 66, Wilhelmstr. 46-47.

Es sind erschienen:

Weimar und die Politik.
2. Auflage. Von Dr. Gustav Stresemann, M. d. N. . . . . . . geh. M. 1,—

Das Kulturprogramm der Deutschen Volkspartei.
Von Prof. Dr. Hermann Schuster . . . . geh. M. 1,—

Marine, Krieg und Umsturz.
2. Aufl. Von Korvetten-Kapitän Hintzmann . . . . geh. M. 1,—

Die Wahrheit über die Waffenstillstands-Verhandlungen.
Wie Erzberger das deutsche Volk abfertigt. Von Dr. A. Friedrich . geh. M. 1,—

Preußens Zerstückelung — Deutschlands Untergang.
Von Dr. O. Boelitz, M. d. L. . . . . geh. M. 1,—

***Aufgaben der deutschen Landwirtschaft** und deren Vertretung durch die Deutsche Volkspartei. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Backhaus geh. M. 1,—

***Die Kunst des Redens.** Von Dr. Wilh. Spickernagel . . . . . geh. M. 1,—

***Wirtschaftspolitische Industrie-Verbände.** Von Dr. J. Reichert geh. M. 1,—

***Handel und Schiffahrt.** Von F. H. Witthoefft, M. d. N. . . . . geh. M. 1,—

Ich bin ein Preuße. Von Josef Buchhorn . . . . geh. M. 1,—

Die Politik der Deutschen Volkspartei. Rede, gehalten auf dem ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919 von Dr. Gustav Stresemann, M. d. N. . . . . geh. M. 1,—

***Gemeinde-Politik.** Von Bürgermeister Dr. O. Maretzky, M. d. N. . geh. M. 1,—

***Liberalismus und Demokratie.** Von Reg.-Rat Prof. Dr. Leidig . geh. M. 1,—

Zwischen Goethe und Scheidemann. Von Josef Buchhorn . . . . geh. M. 1.—

Zur Frage der Reichseinkommensteuer.
Von Geh. Ober-Regierungsrat v. Eynern . . . . geh. M. 1,50

Ludendorff. Von Dr. Wilh. Spickernagel . . . . geh. M. 4,—

Es werden erscheinen:

***Sozialisierung.** Von Vögler, M. d. N. . . . . geh. voraussichtlich M. 1,—

Die Entstehung der Deutschen Volkspartei. . . . geh. voraussichtlich M. 1,—

Die Deutsche Volkspartei zur Frauenfrage.
Von Clara Mende, M. d. N. . . . . geh. voraussichtlich M. 1,—

Deutsche Jugend wach auf! Von Josef Buchhorn . . geh. voraussichtlich M. 1,—

Kriegszielpolitik und Friedensschluß.
Von Otto Kelling . . . . geh. voraussichtlich M. 1,—

Vaterländische Predigten. Von Friedrich Schleiermacher. Eine Auswahl. Herausgegeben von Chr. Boeck, in mehreren Heften . . . . voraussichtlich je M. 2,—

*) Vorträge aus dem Politischen Kursus der Deutschen Volkspartei in Berlin.

Bei vorheriger Einsendung des Betrages entstehen 10 Pfennige Versand-Unkosten, die man beifügen wolle. — Nachnahmesendungen erhöhen die Unkosten, die mit erhoben werden. —

UNIVERSITY OF CONNECTICUT LIBRARY
STORRS, CT.



UNIVERSITY OF CONNECTICUT LIBRARY
STORRS, CT.